

Nr. 31 – 2024/1

In dieser Ausgabe

EINDRUCK

*das Magazin für Politik
von Bündnis C*

Europawahl

Kommunalwahlen

Online-Gebet

Demokratie und
Reich Gottes



Wahljahr 2024

bündnis C
Christen für Deutschland

www.buendnis-c.de



EINDRUCK
das Magazin für Politik
von Bündnis C

Nr. 31 – 2024/1 – Inhalt

Editorial	4
Fotowettbewerb	6
Bündnis C ist zur Europawahl zugelassen	7
Bundeswahlausschuss nicht am Karfreitag	8
Bündnis C beim Willow Creek Leitungskongress 2024 in Karlsruhe	10
Medienworkshop für unsere Europawahl-Kandidaten	11
Tage der Begegnung in Berlin	12
Unsere Mandatsträger in den Kommunalparlamenten	14
Mitglieder stellen sich vor	17
Ich bin dafür!	18
Einladung zum Online-Gebet	19
Spendenaufruf	19
Aus den Landesverbänden	20
Stellungnahme zur WerteUnion	33
Israel im Krieg	34
Bauernproteste: Die Versorgung der Bevölkerung sichern	37
Großdemos, Streiks und neue Parteien	38
Leben schützen: Keine Spirale des Todes in Europa!	39
Demokratie und Reich Gottes	40
Eine Standortbestimmung	44
Kurzstatements	48
Infomaterial zum Weitergeben	49
Schlusswort	50
Impressum	Rücks.

Es begrüßt Sie herzlich der Bundesvorstand:

Hartmut Voß, Annette König, Andrea Rehwald,
Karin Heepen, Mathias Scheuschner,
Verena Thümmel, Dr. Norbert Höhl,
Ute Büschkens-Schmidt (von li. nach re.)



Liebe Mitglieder und Interessenten, sehr geehrte Damen und Herren,

am Karfreitag hat der Bundeswahlausschuss im Bundestag in Berlin über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge zur Europawahl entschieden. Zusammen mit insgesamt 35 Parteien wird Bündnis C – Christen für Deutschland bei der Europawahl am 9. Juni auf dem Wahlzettel stehen – neben der CDU/CSU als einzige christliche Partei in Deutschland. Wir haben mit unserer Liste 6179 Unterstützerunterschriften eingereicht. **Ein herzliches Danke allen, die uns beim Sammeln geholfen und unsere Wahlteilnahme ermöglicht haben!**

Den Termin der Sitzung des Bundeswahlausschusses am Karfreitag haben mehrere Vertrauenspersonen der Parteien bemängelt. Nach Europawahlgesetz entscheidet der Bundeswahlausschuss am zweiundsiebzigsten Tag vor der Wahl über die Zulassung der Listen der Parteien. Das war diesmal der Karfreitag. Wir haben dazu im Vorfeld alle Fraktionen im Deutschen Bundestag angeschrieben mit der Bitte, eine Gesetzesänderung zu initiieren, damit der Bundeswahlausschuss an einem Werktag tagt, und außerdem für ein digitales Verfahren für die Unterstützerunterschriften. Unser Schreiben mit den Antworten der Fraktionen von CDU/CSU und SPD lesen Sie in diesem Heft.

Damit hat der Wahlkampf begonnen. Wir arbeiten an unserem TV-Wahlspot, haben Videoaufnahmen mit Kurzstatements unserer Kandidaten gedreht, bereiten Veranstaltungen vor und Werbematerialien, beantworten Wahlprüfsteine verschiedenster Portale zu ihren Themenschwerpunkten, geben Interviews. Unsere Kandidaten erhalten Einladungen zu Podiumsdiskussionen und sind auf Abgeordnetenwatch präsent.

Neben der Europawahl finden im Herbst in drei Bundesländern Landtagswahlen statt und in neun Ländern Kommunalwahlen. **Unser Landesverband Sachsen hat eine Liste für die Teilnahme an der Landtagswahl aufgestellt und braucht für die Zulassung bis Ende Juni 1000 Unterstützerunterschriften.** Wir bitten Sie herzlich um Ihre Hilfe für den Landesverband. Bitte aktivieren Sie Familie, Freunde und Bekannte in Sachsen für die Sammlung, damit wir bei der Landtagswahl präsent sind! Das Formular finden Sie hier im Heft und auf der Landesseite von Sachsen.

In Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg treten **Kandidaten von Bündnis C bei den Kommunalwahlen am 9. Juni** an, die ebenfalls unsere Unterstützung brauchen. Zur Motivation stellen wir in diesem Heft einige unserer **Mandatsträger in den Kommunalparlamenten** vor. Wir würdigen damit ihre Arbeit und danken ihnen für ihren Dienst an den Menschen in ihrem Ort. Insbesondere danken wir Matthias Kohlstedt für seinen hochengagierten Einsatz im Kreistag Rostock-Land und in der Gemeindevertretung über 20 Jahre. Er wird für die kommende Legislatur nicht noch einmal kandidieren, die Früchte seiner Arbeit werden aber bleiben.

Wie können Sie sich am Wahlkampf beteiligen?

Erstens: Beten Sie! Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir kraft unserer eigenen begrenzten Möglichkeiten keinen Wahlsieg erringen werden! Deshalb haben wir am 26. Januar ein zweiwöchentlich stattfindendes **Online-Gebet** gestartet, zu dem wir Sie herzlich einladen. Die Daten finden Sie im Gebetsaufruf. Gern können Sie auch unseren monatlich erscheinenden **Gebetsbrief** für Bündnis C bei der Bundesgeschäftsstelle beziehen. Bitte befehlen Sie mit uns die Wahlen dem Herrn an, dass Er in Deutschland und Europa durchbricht und Neues schafft, dass Er uns als Partei darin gebrauchen kann und dass Er multipliziert, was wir tun.

Zweitens bitten wir Sie, unsere **Materialien großzügig weiterzugeben**. Wir haben einen Kurzflyer für die Europawahl erstellt, der zu tausenden in Briefkästen verteilt werden kann. In unserem **Kurzprogramm** sind unsere Positionen einfach, komprimiert und anschaulich zusammengefasst. Zum **Schwerpunktthema Migration** haben wir eine A5-Broschüre verfasst, wie eine integrale Wirtschafts- und Außenpolitik Fluchtursachen minimieren kann. Unbedingt empfehlen wir Ihnen die Publikation der Sallux ECPM Foundation „**Zwei Staaten für zwei Völker?**“, wo die Gründe für das Scheitern der von der EU und auch Deutschland geforderten Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina dargelegt und realistische Wege zum Frieden vorgeschlagen werden. Selbstverständlich können Sie in der Bundesgeschäftsstelle auch unseren Israel-Flyer, dieses und andere EINDRUCK-Hefte und die anderen Materialien bestellen, die Sie am Ende dieses Heftes finden.

Drittens ermutigen wir Sie, an Ihrem Ort **Straßenstände** anzumelden und mit potenziellen Wählern zu unseren Themen und Materialien ins Gespräch zu kommen. In den Wochen vor den Wahlen können Sie Bündnis C so im Land sichtbar machen.

Viertens **folgen Sie uns bitte in den Sozialen Medien**. Jedes „Like“, jeder Kommentar und wenn Sie unsere Beiträge teilen, bringt Bündnis C mehr Reichweite. Wir veröffentlichen in den kommenden Wochen Videos mit Kurzstatements unserer Kandidaten, die wir auch bewerben werden. Je aktiver Sie diese Videos kommentieren und teilen, desto breitere Wirkung erzielen sie.

Fünftens: **Laden Sie zu unseren Veranstaltungen ein und kommen Sie selbst!** Wir planen zwei zentrale Wahlveranstaltungen: am 25. April in Karlsruhe zum Thema Versorgungssicherheit und Green Deal und im Mai in Dresden zu Migration, Wirtschafts- und Außenpolitik. Bitte informieren Sie sich auf unserer Website über die genauen Orte, Termine und Sprecher und laden Sie in der jeweiligen Region Gemeinden und Interessierte dazu ein!

Sechstens bitten wir Sie, **unseren Wahlkampf mit einer großzügigen Spende zu unterstützen**. Unser Medienseminar, Veranstaltungen, Werbemittel, TV-Wahlspot, Online- und Printwerbung kosten Geld, das über unser Jahresbudget hinaus geht. Wir vertrauen, dass wir mit Ihrer und Gottes Hilfe die Mittel zur Verfügung haben werden, die wir einsetzen können!

Schließlich laden wir Sie zu unserem **Fotowettbewerb** ein. Bitte senden Sie uns passende Fotos zu unserem Europawahlprogramm. Wir bauen damit eine Fotodatenbank auf für unsere Öffentlichkeitsarbeit. Sie verhelfen Bündnis C mit Ihren Bildern zu einem persönlicheren Öffentlichkeitsauftritt. Was zu beachten ist, lesen Sie auf den kommenden Seiten.

In diesem Wahljahr steht vieles zur Disposition, was Europa, Deutschland und unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft geprägt und getragen hat. **Wir stehen in diesem Wahlkampf zwischen Frieden und Krieg, Wahrheit und Verführung, Freiheit und Macht, Segen oder Fluch**. Es wird über den Einsatz von NATO-Truppen in der Ukraine debattiert, die Kriegsretorik in Politik und Medien nimmt zu und es wächst die Angst vor Eskalation mit direkter NATO-Kriegsbeteiligung. Papst Franziskus wurde heftig kritisiert für das Zitat, es gelte den Mut zur weißen Fahne und zu Verhandlungen zu haben, bevor die Situation noch weiter eskaliere. Er stellte klar, dass Verhandlung niemals Kapitulation ist. Es darum gehe, mit Hilfe der internationalen Mächte eine diplomatische Lösung für einen ge-

rechten und dauerhaften Frieden herbeizuführen, um das ukrainische Volk zu schonen. „Selig sind, die Frieden stiften“ (Matthäus 5,9) war die Prämisse der Entspannungspolitik im Nachkriegseuropa. Darf man Freiheit und Frieden gegeneinander ausspielen wie kürzlich Jean-Claude Juncker, früherer Präsident der Europäischen Kommission, mit seiner Behauptung, nicht Frieden, sondern Freiheit sei der höchste Wert?

Gleichzeitig wird mit zweierlei Maß gemessen und Israel gedrängt, mit den Terroristen der Hamas zu verhandeln, statt sie militärisch zu besiegen. Noch immer fehlen die mehr als 100 Geiseln in der Gewalt der Hamas an den Tischen zuhause. An Purim erinnerte sich das jüdische Volk seiner Errettung unter Königin Esther vor dem Vernichtungsplan des persischen Ministers Haman und betete um ein Purim-Wunder heute.

Wir erinnern am Ende dieses Heftes an die **christlichen Grundlagen unseres Kontinents** und der Demokratie, die Europa Freiheit, Frieden und Erfolg gebracht haben, und was in der jetzigen Krise und Polarisierung unser Auftrag ist. Dazu veröffentlichen wir eine Standortbestimmung von Alexander Schlüter (Wächterruf e. V.) zu Krisen und Ereignissen der letzten Jahrzehnte, was Gott darin tut und wie wir Teil Seiner Bewegung in den Umbrüchen unserer Zeit sind.

Dieser Wahlkampf ist zuerst der Kampf Gottes um unseren Kontinent, dass Europa das Leben wählt, Recht und Wahrheit. Nach Seiner Auferstehung trat Jesus Christus unter Seine Jünger mit dem Friedensgruß. Sein Frieden, der höher ist als alle unsere menschliche Vernunft und was Politik tun kann, fließt aus Jesu Kreuz und Auferstehung, damit das Leben über Tod und Zerstörung siegt. In den Kriegsherden unserer Welt soll der Frieden Gottes Heilung und Versöhnung bringen und auch diese Europawahl Seinem Friedensplan dienen. Das biblische Gebot, unsere Feinde zu lieben, kann dabei Fronten aufbrechen. Gehen wir mit dem Herrn in diesen Wahlkampf und in der Kraft Seiner Auferstehung durch diese Osterzeit: **Der Herr ist auferstanden!**



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Fotowettbewerb

Willkommen auf unserer Fotowettbewerb-Seite!

Wir laden alle Interessierten, Mitglieder und Freunde von Bündnis C herzlich ein, bei unserem Fotowettbewerb mitzumachen.

Was ist das Thema?

Jeder kann Fotos oder selbst erstellte Fotomontagen einsenden, die einen direkten oder indirekten Bezug zum Europa-Wahlprogramm haben. Setzen Sie sich kreativ mit unserem Programm auseinander und schicken uns Ihre Fotoimpressionen dazu.

Teilen Sie uns zu Ihrem Bild das Thema mit. Oder wir ordnen es einem Thema von Bündnis C zu.

Wozu die Fotos?

Wir bauen eine Fotodatenbank auf, die wir für unsere Öffentlichkeitsarbeit verwenden. Passend zu Textbeiträgen auf Instagram, Facebook, in Broschüren, Flyern und auf unseren Bündnis C-Webseiten veröffentlichen wir die Fotos. Sie verhelfen Bündnis C zu einem persönlicheren Öffentlichkeitsauftritt und dass wir nicht immer auf Bilder externer Anbieter zurückgreifen müssen.

Was ist zu beachten?

Senden Sie Ihre Fotos an bilder@buendnis-c.de ein. Mit Einsenden der Bilder an diese Mailadresse übertragen Sie die Rechte an Bündnis C, diese für Partezwecke zu nutzen.

Sie versichern, dass die Fotos persönlich fotografiert wurden und von keiner anderen Person oder von Fotoplattformen stammen. Fotokompositionen/Bildermontagen bestehen ebenfalls nur aus eigenen Fotos und die Erstellung der Montage wurde selbst gefertigt.

Bitte fotografieren Sie keine Gesichter, es sei denn, die Zustimmung der fotografierten Person liegt vor und wird mit dem Bild zusammen bei Bündnis C eingereicht.



Senden Sie die Bilder bitte als originale Fotodatei ein (.jpg oder .png), keine word-Dateien oder pdf.

Sie können Ihre Bilder anonym veröffentlichen lassen. Wenn das nicht ausdrücklich deklariert wird, veröffentlichen wir sie mit Ihrem Namen am Ende des dazugehörigen Beitrages (Foto: Name).

Außer Ihrem Namen zum jeweiligen Bild speichern wir keinerlei Daten von Ihnen.

Wer prämiiert die besten Bilder?

Unser Team Öffentlichkeitsarbeit wird nach der Europawahl die besten Bilder auf dieser Seite buendnis-c.de/bilder/ und im nächsten EINDRUCK-Heft veröffentlichen und hält eine Überraschung für die Fotografen bereit. Bis dahin kann Ihr Foto bereits für aktuelle Beiträge verwendet werden.

Machen Sie mit, wir freuen uns auf Ihre Fotos!

*Matthias Thümmel und Daniel Gräber
Team Öffentlichkeitsarbeit*

Bündnis C ist zur Europawahl zugelassen

Am Karfreitag hat der Bundeswahlausschuss unsere Zulassung zur Europawahl positiv entschieden. Verena Thümmel, Beisitzerin im Bundesvorstand von Bündnis C, hat als Vertrauensperson für unsere gemeinsame Liste für alle Länder zusammen mit der Bundesvorsitzenden Karin Heepen an der Sitzung des Bundeswahlausschusses in Berlin teilgenommen. Wir danken allen Unterstützern nochmals für ihre Unterschriften für unseren Wahlvorschlag. Damit wird Bündnis C mit allen 13 Kandidaten bei der Europawahl bundesweit wählbar sein und – neben CDU/CSU – die einzige christliche Partei auf dem Wahlzettel.

Insgesamt wurden von 40 Parteien Bundeslisten für die Europawahl bei der Bundeswahlleiterin eingereicht sowie Landeslisten von drei Parteien. Davon haben 35 Parteien die wahlrechtlichen Voraussetzungen für die Zulassung erfüllt und sind auf der Seite der Bundeswahlleiterin einsehbar.¹

Mehrere Vertrauenspersonen der anwesenden Parteien bemängelten wie wir die Sitzung des Bundeswahlausschusses am Karfreitag. Ebenso wurde mehrfach ein digitales Verfahren für die Unterstützerunter-



Bundeswahlausschuss am 29.04.2024

schriften gefordert und beklagt, dass nachweislich eingereichte Formulare bei den Meldebehörden verschwinden, nicht bearbeitet oder von den Ämtern falsche Auskünfte erteilt wurden zu den Listen und dem Verfahren. Die Bundeswahlleiterin führte aus, dass in einem Ausmaß wie nie vorher ungültige Unterstützerunterschriften mit gefälschten Namen und Unterschriften festgestellt wurden. Insgesamt zeigen diese Symptome die Dysfunktionalität des Systems und den Reformbedarf des Verfahrens.

Wir danken dem Büro der Bundeswahlleiterin für die freundliche und kooperative Behandlung der Wahlvorschläge und dem Bundeswahlausschuss für die fairen Entscheidungen zur Zulassung der Parteien. Ausnahmen muss man davon leider Beisitzerin Katina Schubert (DIE LINKE), die sich bei der Zulassung von zwei Parteien der Stimme enthielt, obwohl alle wahlrechtlichen Voraussetzungen erfüllt waren. Der Bundeswahlausschuss hat über die formalrechtlichen Bedingungen zu entscheiden ohne Ansehen der Ausrichtung der Parteien. Darauf wies die Bundeswahlleiterin mehrfach hin im Verlauf der Sitzung, auch angesichts von Meinungsäußerungen einiger Vertrauenspersonen zu anderen Parteien.

Verena Thümmel und Karin Heepen



¹ https://www.bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/europawahl-2024/14_24_zulassung-1bwa.html

Bundeswahlausschuss nicht am Karfreitag und digitales Verfahren für die Unterstützerunterschriften!

Brief an die Bundestagsfraktionen vom 8. Januar 2024

Nach Europawahlgesetz § 14 (1) und (6) entscheidet der Bundeswahlausschuss am zweiundsiebzigsten Tag vor der Wahl über die Zulassung der Listen der Parteien zur Europawahl. Der nächste Termin am 29. März 2024 ist der Karfreitag. Zu der Sitzung sind die Vertrauenspersonen der Wahlvorschläge geladen. Zudem sind die Unterstützerunterschriften auf Papierformularen beizubringen und die Bescheinigung des Wahlrechts beschäftigt tausende Mitarbeiter in den Behörden.

Wir setzen uns für eine Änderung des Europawahlgesetzes ein, dass der Bundeswahlausschuss an einem Werktag tagt, und für ein digitales Verfahren für die Unterstützerunterschriften. Hier lesen Sie unser Schreiben an die Bundestagsfraktionen, entsprechende Gesetzesänderungen zu initiieren:

Sehr geehrte Vorsitzende der Fraktionen
im Deutschen Bundestag,

Nach Europawahlgesetz § 14 (1) und (6) entscheidet der Bundeswahlausschuss am zweiundsiebzigsten Tag vor der Wahl über die Zulassung der Listen für einzelne Länder und der gemeinsamen Listen für alle Länder zur Europawahl. Der Termin am 29.03.2024 ist der Karfreitag. Zu der Sitzung sind die Vertrauenspersonen der Wahlvorschläge zu laden.

Wir bitten Sie, als Bundestagsfraktion eine Änderung des Europawahlgesetzes § 14 (1) und (6) auf den Weg zu bringen, dass der Bundeswahlausschuss **spätestens** am zweiundsiebzigsten Tag vor der Wahl tagt, damit die Entscheidung des Bundeswahlausschusses über die Zulassung der Listen am Werktag davor erfolgen kann, wenn der 72. Tag auf einen Feiertag fällt. Der Karfreitag ist einer der höchsten Feiertage in Deutschland. Die Vertrauenspersonen der Parteien sind gezwungen an einem Feiertag, an dem der Gottesdienst für Christen oberste Priorität hat, zu einem politischen Gremium zu reisen, das ohne Nachteile einen Tag früher einberufen werden kann. Als christliche Partei sehen wir es als unsere Pflicht an, auf diesen Konflikt hinzuweisen.



Des Weiteren bitten wir darum, eine Änderung zu Europawahlordnung § 32 (3) sowie Bundeswahlgesetz § 20 (3), 27 (1) und Bundeswahlordnung § 34 (4) 2. zu initiieren, dass die Unterschriften zur Unterstützung eines Wahlvorschlages in digitaler Form beigebracht werden können und insbesondere die Bescheinigung des Wahlrechts durch die Gemeindebehörden. Das aktuelle Verfahren ist völlig aus der Zeit gefallen und beschäftigt tausende Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst. Die Bescheinigungen werden oft nur mit Terminvereinbarungen oder erheblichen Bearbeitungsfristen ausgestellt, was die termingerechte Einreichung der Wahlvorschläge behindert. Es gehen auf dem Postweg Formulare verloren und der Aufwand für die Vorschlagsberechtigten zur Einholung der Bescheinigungen ist immens.

Bitte machen Sie mit einer neuen gesetzlichen Regelung den Weg frei für ein digitales Verfahren, wo die Gemeindebehörden Portale für die Einreichung der Unterschriften mittels Identifizierung bereitstellen und diese direkt im Melderegister abgeglichen und bestätigt werden. Es handelt sich um ein einfach zu automatisierendes Verfahren, das alle Beteiligten von unnötigem Personal- und Kostenaufwand entlasten kann.

Wir bitten Sie, als Bundestagsfraktion eine entsprechende Änderung der genannten Paragraphen zu initiieren.

Hochachtungsvoll,

*Der Bundesvorstand Bündnis C –
Christen für Deutschland*

Antwort der CDU/CSU-Fraktion

Sehr geehrte Frau Heepen,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 8. Januar 2024 an Herrn Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz. Er hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Wie Sie zutreffend ausführen, entscheidet nach § 14 Abs. 1 Satz 1 EuWG der Bundeswahlausschuss am zweiundsiebzigsten Tage vor der Europawahl für alle Wahlorgane verbindlich über alle Voraussetzungen für die Zulassung der Listen für einzelne Länder und der gemeinsamen Listen für alle Länder. Nach § 14 Abs. 6 EuWG entscheidet der Bundeswahlausschuss ebenfalls am zweiundsiebzigsten Tage vor der Wahl über Erklärungen nach § 11 Abs. 3 EuWG.

Dass der in den zitierten Vorschriften genannte Tag in diesem Jahr auf den Karfreitag fällt und damit mit dem Gottesdienstbesuch kollidiert, ist durchaus misslich. Daher danke ich Ihnen sehr dafür, auf diesen Konflikt aufmerksam gemacht zu haben.

Für eine Änderung der Vorschriften noch für die kommende Europawahl besteht leider nicht ausreichend Zeit. Zudem verfügt die CDU/CSU-Fraktion über keine Mehrheit im Bundestag, um eine entsprechende Änderung beschließen zu können. Wir wären insofern auf Stimmen aus den Koalitionsfraktionen angewiesen, wobei das zuständige Fachreferat des Bundesministeriums des Innern und für Heimat bereits signalisiert hat, dass es die Einhaltung der aktuell im Gesetz genannten Fristen aufgrund des Ablaufs der Wahlvorbereitungshandlungen für zwingend hält.

Gleichwohl werden wir das Thema gerne weiterverfolgen. Dies gilt auch für den von Ihnen zusätzlich unterbreiteten Vorschlag, die Unterschriften zur Unterstützung eines Wahlvorschlags in digitaler Form beibringen zu können.

Ich bitte lediglich um Verständnis dafür, dass für die am 9. Juni 2024 stattfindende Europawahl keine entsprechende Initiative mehr wird eingebracht werden können. Gleichwohl hoffe ich, mit diesem Schreiben Ihrem Anliegen gerecht geworden zu sein.

Mit freundlichen Grüßen

PD Dr. Marc-André Wiegand

Büro des Justitiars Ansgar Heveling MdB

Antwort der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Bundesvorstand Bündnis C – Christen für Deutschland,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben, in dem Sie zwei wichtige Anliegen bezüglich des Europawahlgesetzes vorbringen. Nach sorgfältiger Prüfung der vorgeschlagenen Änderungen, möchte ich zu den beiden Punkten wie folgt Stellung nehmen:

1. Änderung des § 14 Abs. 1 EuWG (Sitzung des Wahlausschusses wegen Karfreitag „spätestens“ am 72. Tag vor der Wahl):

Die vorgeschlagene Regelung, den Ausschuss „spätestens“ am 72. Tag tagen zu lassen, birgt Unsicherheiten für Parteien und wahlvorschlagsberechtigte Vereinigungen. Die strikten Fristen gemäß § 54 Abs. 1 BWahlG sollen die termingerechte Durchführung der Wahl gewährleisten, und eine unklare Formulierung könnte diese Sicherheit beeinträchtigen. Eine Verlegung der Sitzung auf den nächsten Werktag hätte zur Folge, dass sich die Fristen für Beschwerden verschieben, was die Prüfungszeit des Bundeswahlausschusses verkürzen würde. Trotz potenzieller Konflikte mit Feiertagen halte ich daher vorerst eine Beibehaltung der aktuellen Regelung für angemessen.

2. Änderung der § 32 Abs. 3 EuWG, § 20 Abs. 3, 27 Abs. 1 BWahlG, § 34 Abs. 4 S. 2 BWO (Digitalisierung des Verfahrens zur Unterstützung eines Wahlvorschlags):

Die Idee, das Verfahren zur Einreichung von Unterschriften in digitaler Form zu ermöglichen, ist nachvollziehbar, um den Aufwand für Behörden und Unterstützer zu reduzieren. Allerdings sollten wir dabei die Grundsätze berücksichtigen, die den Unterschriftenquoten zugrunde liegen. Diese dienen dem Nachweis der Ernsthaftigkeit von Bewerbungen und sollen Stimmenzersplitterung verhindern. Die Digitalisierung dieses Prozesses wäre zwar wünschenswert, aber angesichts der unterschiedlichen Digitalisierungsgrade der Gemeindebehörden und verfassungsrechtlicher Fragen erfordert dies eine umfassende Prüfung. Eine moderate Anhebung des Quorums könnte dabei in Betracht gezogen werden, um den Zweck des Quorums zu wahren.

In Anbetracht der zahlreichen praktischen und verfassungsrechtlichen Herausforderungen ist eine zeitnahe Regelung dieser Angelegenheit unserer Einschätzung nach kaum möglich.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Wiese

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Bündnis C beim Willow Creek Leitungskongress 2024 in Karlsruhe

Am Willow Creek Leitungskongress vom 7. – 9. März 2024 in der dm-Arena in Karlsruhe konnten wir mit unserem Team bestehend aus der Bundesvorsitzenden Karin Heepen, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg Dr. Rainer Simon und Bundesgeschäftsführer Daniel Gräber mit unserem Stand die Politik und Standpunkte von Bündnis C präsentieren, Informationsmaterial weitergeben und mit engagierten Christen ins Gespräch zu kommen. Insgesamt 7 000 Menschen aus verschiedenen Regionen Deutschlands und darüber hinaus haben am Kongress teilgenommen.

Besonders gefragt waren unsere Europawahl-Kurzprogramme, von denen wir mit Begeisterung hunderte verteilt haben. Die Besucher zeigten in den Gesprächen großes Interesse an unseren politischen Positionen und diskutierten lebhaft. Wir hatten die Gelegenheit, mit vielen unterschiedlichen Menschen ins Gespräch zu kommen, von jungen Erstwählern bis hin zu erfahrenen Interessenten – viele waren offen für den Dialog. Es war inspirierend zu sehen, wie viele Menschen sich für eine christlich geprägte Politik interessieren und diese unterstützen möchten. Insgesamt war der Kongress eine wertvolle Erfahrung. Wir sind dankbar für die Begegnungen, die Inspiration und die Möglichkeit, unsere politische Arbeit voranzutreiben.

Daniel Gräber
Bundesgeschäftsführer



Gern habe ich beim 40. Willow Creek Leitungskongress am Infostand von Bündnis C zusammen mit Karin Heepen und Daniel Gräber die Besucher der Fachausstellung über unsere Partei informiert. Unser Infostand wurde von den 7 000 Besuchern positiv wahrgenommen. Häufig war der Hinweis auf die Europawahl am 9. Juni 2024 ein guter Einstieg ins Gespräch. Viele der Messeteilnehmer kannten Bündnis C nicht. Sie waren angenehm überrascht, dass bei der Europawahl mit Bündnis C eine christliche Partei auf dem Wahlschein stehen wird. Dazu kommt, dass schon ab 0,6 % der Wählerstimmen unsere Partei mit einem Mandat im Europäischen Parlament vertreten ist. Damit war das Interesse geweckt. Wir konnten viele Broschüren mit unserem Kurzprogramm zur Europawahl 2024 weitergeben.

Zu unserem Stand kamen auch einige Bündnis C Mitglieder, die sich freuten, dass wir bei diesem christlichen Großereignis als Partei vertreten waren. Ein Teilnehmer hat die Gelegenheit „beim Schopfe ergriffen“ und einen Mitgliedsantrag gestellt. Manche Besucher machten uns auch Mut, weiterhin in der Politik Verantwortung zu übernehmen, bei Wahlen anzutreten und auf öffentlichen Plätzen als Christen „Flagge zu zeigen“.

Für mich war der Einsatz an unserem Stand während dieses Leitungskongresses eine große Freude und persönliche Bereicherung. Es macht absolut Sinn, auf derartigen Veranstaltungen präsent zu sein und Bündnis C bekannt zu machen.

Dr. Rainer Simon
Stellvertretender Landesvorsitzender
Baden-Württemberg



Medienworkshop für unsere Europawahl-Kandidaten

15./16. März im Bonifatiushaus Fulda

Wie formuliert man ein Kurzstatement?
Oder: Formuliere Dein Statement klar,
prägnant und kurz für ein Video-Publikum.

Das war die Frage, der ich mich am Trainingswochenende zum Thema Medienkompetenz gestellt habe. Herr Schütze, der diesen Workshop leitete, und sein Sohn, der die technische Oberhand hatte, führten uns an dem Wochenende teilweise an unsere Grenzen. Das war super. Denn wir waren ja gekommen, um zu lernen, worauf zu achten ist, wenn wir potenzielle Wähler ansprechen und erreichen wollen. Es war hart. Es war anstrengend. Ich dachte, ich wüsste, wie man Menschen anspricht. Ich halte Vorträge, ich führe Präsentationen durch, ich predige und ich liebe es. Aber ich lerne z. B. keine Texte auswendig. Ich hasse das sogar. Ich tue mich damit wirklich schwer.

Aber darum ging es letztlich und die Herausforderung tat mir gut. Wir lernten, aus der Sicht eines YouTubers zu denken und uns zu beobachten. Der will keine ellenlangen Vorträge. Der will wissen, was Du sagen willst. Besonders am zweiten Tag fand ich den einleitenden Input von Herrn Schütze über Logos, Pathos und Ethos sehr hilfreich.

Wir haben es geschafft. Alle Videos sind „im Kasten“ und wir hatten eine sehr lehrreiche Zeit. Ich danke dem Büro Schütze Consult und hoffe, dass wir vielleicht noch weitere Einblicke in die Geheimnisse der digitalen Kommunikation bekommen können.

Jürgen Graalfs

**Knappe Statements zu Menschenhandel
und Geschlechtergerechtigkeit.
Das war mein Ziel.**

Die Inhaltsebene allein sollte die geplanten Videoclips nicht dominieren: Welche Worte brauchen besonders Betonung? Wo muss gekürzt werden? Umgangssprache statt Schriftsprache – mehr „BILD“ statt „FAZ“! Mit Mimik und Gestik die wenigen Sekunden Aufmerksamkeitsspanne der meisten Zuschauer voll ausreizen.

Durch professionelle Tipps und Vorschläge unseres Medien Coaches wurden meine Statements in zahlreichen Durchläufen immer weiter verfeinert. Eine sehr intensive und lehrreiche Zeit. Die Flut an Ideen von



Herrn Schütze löste teils Überforderung aus. Aber es hat mich auch gepusht, dranzubleiben und mich zu verbessern. Auch die Stile der anderen erleben und gemeinsam weiterentwickeln zu dürfen, war ein echter Gewinn. Letztlich konnten wir nach dem Coaching das Gelernte selbst umsetzen. Mit Hilfe des LV Bayern und deren Equipment konnten wir weitere Statements gemeinsam ausarbeiten und aufnehmen.

Ich bin sehr dankbar für diese Erfahrung und freue mich, durch dieses Treffen die Bündnis C Familie etwas besser kennengelernt zu haben.

Ludwig Grünert

Gegenseitige Motivation

Im Vorfeld des Medienworkshops musste ich mich entscheiden, wo ich am 15./16.3. sein sollte: zum Männergabet bei den Marienschwestern in Darmstadt oder zum Medienworkshop im Bonifatiushaus in Fulda.

Das Seminar war herausfordernd und bereichernd. Meine zwei Themen Familie und Bildung waren genau die richtigen. Zuhause vorbereitet und im Workshop durch gute, anregende Impulse in die öffentliche Präsentation gebracht. Es war schön, dass wir uns als Kandidaten gegenseitig motivierten. Mit Herrn Schütze als eloquenten, versierten Coach und seinem Sohn, der uns per Videoaufnahmen ins Bild setzte, standen uns zwei Kenner ihres Fachs zur Verfügung.

Ich erwarte, dass viele Menschen uns in den sozialen Medien wahrnehmen und ihre Stimme bei der Europawahl Bündnis C geben, damit Frieden in Einheit mit starken Nationen Europa vorwärtsbringt.

Klaus-Jürgen Pütz

Tage der Begegnung in Berlin



Austausch im Anhörungssaal des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses

Vom 13. bis 15. Dezember 2023 fanden in Berlin die 29. Tage der Begegnung, ein Gesprächsforum über Glaube, Werte und Politik in Berlin statt. Simon Haustein vom Landesverband Sachsen war als Teilnehmer vor Ort.

Rund 140 junge Erwachsene waren in der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im Jahr 2023 nach Berlin gekommen, um mit Abgeordneten über verschiedene Themen ins Gespräch zu kommen. Tagungsort waren der Deutsche Bundestag und das Jugendgästehaus am Hauptbahnhof. Eingeladen hatten Abgeordnete verschiedener Fraktionen in Zusammenarbeit mit dem gemeinnützigen Verein „Internationales Jugendforum e. V.“

Nach Kennenlernen, ersten Gesprächen und Abendessen wurden die Tage der Begegnung am Mittwochabend durch die Mitglieder des einladenden Kreises Steffen Bilger (CDU), Dietmar Nietan (SPD) und Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) eröffnet. Dabei stimmten sich die Teilnehmer in gemeinsamen Gesprächsgruppen bereits auf das Kernthema „Künstliche Intelligenz“ ein.

Dieses Thema war neben weiteren Fragen am folgenden Tag bei den Gesprächen im Deutschen Bundestag präsent. Gemeinsam mit Julia Klöckner (CDU), Dorothee Bär (CSU), Prälat Dr. Karl Jüsten, Jürgen Braun (AfD), Dietmar Nietan (SPD) und weiteren Gesprächspartnern wurden aktuelle, aber auch zeitlose Themen wie der Lebensschutz diskutiert. Aaron Sagui, Gesandter des Staates Israel, lobte in seinen Gesprächen die Beziehungen von Deutschland zu Israel und verneinte die Frage einer Teilnehmerin, ob Deutschland zu wenig gegen Antisemitismus tue. Dabei betonte er, dass Deutschland viel mehr tue als die meisten Länder.

Auch wenn man neben den vielen spannenden Gesprächen wenig vom aktuellen Politikgeschehen mitbekam, da die Sitzungen des Bundestages parallel zum Austausch mit den Politikern verliefen, so war doch der Einblick in die Gebäude des Deutschen Bundestages mit den Fraktionssitzungs- und Anhörungssälen etwas Besonderes. Highlight unseres Besuches war das gemeinsame Frühstück mit Abgeordneten im Paul-Löbe-Haus am Freitagmorgen.

Die 30. Tage der Begegnung finden voraussichtlich im Dezember 2024 statt. Junge Erwachsene bis 28 Jahren haben die Möglichkeit, über das Büro Ihres Abgeordneten oder das Organisationsteam eine Einladung zu erhalten.

Die 30. Tage der Begegnung finden voraussichtlich im Dezember 2024 statt. Junge Erwachsene bis 28 Jahren haben die Möglichkeit, über das Büro Ihres Abgeordneten oder das Organisationsteam eine Einladung zu erhalten.

Weitere Infos auch über www.tage-der-begegnung.de

Simon Haustein

Landesverband
Sachsen



Bündnis C – Christen für Deutschland lädt ein:

Green Deal der EU und Versorgungssicherheit

Am 25. April 2024 um 19 Uhr im Schlosshotel Karlsruhe

Podiumsdiskussion mit Vertretern der Wirtschaft und unseren Spitzenkandidaten

Mit Praktikern aus der Landwirtschaft, Energiewirtschaft und der Bauindustrie werden wir diskutieren:

- ✘ Was sind die Kernziele des Green Deal in den Bereichen der Grundversorgung Nahrung, Energie und Wohnen und wie sollen sie erreicht werden?
- ✘ Welche Herausforderungen gibt es im jeweiligen Versorgungsbereich?
- ✘ Was sind die Chancen für Innovation und Anpassung an Klimaveränderungen?
- ✘ Wo ist die Versorgungssicherheit gefährdet?
- ✘ Wie können wir die Grundversorgung menschen- und umweltgerecht sichern?

Bitte laden Sie Interessierte aus der Umgebung ein und kommen Sie gemeinsam zu unserer Wahlveranstaltung!

Es wird Gelegenheit für Fragen aus dem Publikum geben. Im Anschluss laden wir unsere Gäste zu Austausch und Diskussion ein bei Snacks und Getränken.

Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der European Christian Political Movement (ECPM) statt.



NACHRUF

Am 19. Januar 2024 wurde

Heinz Matthias

Gründer und langjähriger Vorsitzender des Arbeitskreises Christlicher Publizisten (ACP) – im Alter von fast 97 Jahren heimgerufen.

Dankbar blicken wir auf dieses bis zuletzt hochaktive, lange, erfüllte Leben für Christus, das nun zu seinem Ziel gekommen ist bei seinem und unserem himmlischen Vater.

In Bündnis C waren wir mit Heinz Matthias als langjährigem Mitglied, Freund und Weggefährten in besonderer Weise verbunden. Wir hatten in ihm einen streitbaren, ehrlichen und ehrenwerten Mitstreiter, der Politik und Medien durchleuchtet hat im doppelten Sinn: auf ihren Wahrheitsgehalt und mit dem Licht Christi, dem Wort Gottes. Wir werden sein Andenken als Vorbild und Kämpfer für Wahrheit und Einheit in Ehren halten.

Möge er nun in Frieden ruhen von seinem Werk auf dieser Erde.

Der Bundesvorstand Bündnis C – Christen für Deutschland

Unsere Mandatsträger in den Kommunalparlamenten

In neun Bundesländern finden in diesem Jahr Kommunalwahlen statt. Wir stellen hier unsere Mitglieder vor, die sich den Herausforderungen der Kommunalpolitik gestellt haben und Mandate in Stadt- und Gemeinderäten bekleiden. Damit geht unser Dank einher für die Arbeit, die sie als Mandatsträger von Bündnis C in den

Parlamenten vor Ort tun. Kommunale Arbeit ist mit großem Einsatz verbunden, den wir hier sichtbar machen und würdigen. Dies soll gleichzeitig unsere Mitglieder motivieren, von den Erfahrungen zu profitieren und sich bei den Kommunalwahlen an ihrem Ort zur Wahl zu stellen.



Matthias Kohlstedt

Mitglied im Kreistag des Landkreises Rostock seit 2004

Mitglied in der Gemeindevertretung Kuchelmiß seit 2004

Beruf: Sozialtherapeut und tätig als Referent des Blauen Kreuzes in Deutschland, Schwerpunkt Mecklenburg-Vorpommern

Ich arbeite im Kreistag des Landkreises Rostock im Ausschuss für Familien, Senioren, Soziales und Jugend seit 2004 mit und leite den Sozial- und Kulturausschuss der Gemeinde Kuchelmiß ebenfalls seit 2004.

Durch die Arbeit in den Ausschüssen wird deutlich, dass die Schwerpunkte meiner politischen Arbeit mit meinen beruflichen Themen korrespondieren. So kann ich mich z. B. in sozialen Aufgabenbereichen wie der Selbsthilfearbeit durch meinen beruflichen Werdegang einbringen und bin dadurch aussagefähiger. In den Ausschüssen, wo Mitarbeiter der Ämter die Beschlussvorlagen (z. B. für die Kreistagssitzungen) vorbereiten, kann ich als gewählter Vertreter ergänzend meine Fachkompetenz einbringen. Im gemeinsamen Austausch werden dann die Vorlagen für Abstimmungen im Kreistag erarbeitet. Deshalb ist es wichtig, dass in den verschiedenen Ausschüssen, egal auf welcher politischen Ebene, die eigene berufliche Profession und der Schwerpunkt der Ausschussarbeit eine gewisse Einheit bilden und sich ergänzen.

Erfahrungsbericht

20 Jahre Kommunalarbeit auf zwei verschiedenen Ebenen wie dem Kreistag und der Gemeindevertretung war vorteilhaft, weil so der Austausch und die Erfahrungen der einzelnen Ebenen sich positiv ergänzen konnten. Ich konnte bei gleichen Themen quasi von unten nach oben und umgekehrt vermitteln, dafür bzw. auch dagegen sprechen. Immer mit dem Vorteil des Wissens aus dem anderen Aufgabenbereich, konnte ich so Erfahrungen, Ängste und Wünsche aus der Praxis beider Ebenen vermittelnd einbringen.

Die Themen im Kreistag und der Gemeindevertretung hatten oft große Schnittmengen, dadurch wurde mir das Agieren in den verschiedenen Sitzungen erleichtert und war so recht praxisnah. Oft „kämpfen“ die unterschiedlichen Ebenen der Politik auch scheinbar gegeneinander, versuchen so das Beste aus den je-

weiligen Absprachen und Verhandlungen herauszuholen, was völlig legitim ist. Aber wie in meinem Fall gleichzeitig auf zwei Ebenen aktiv sein zu können, erweitert das Blickfeld und schafft Verständnis für die Bestrebungen und Pläne der „anderen“ Seite (Ebene). Das schafft eine Vermittlerfunktion, die auch für andere Beteiligte hilfreich sein kann und war.

Die Arbeit auf den beiden untersten Ebenen der Kommunalpolitik (Kreistag und Gemeindevertretung) unterschied sich schon recht deutlich von der Landes- und Bundespolitik. Werden bei den beiden letztgenannten Ebenen oft die großen Entscheidungen und Linien gemalt und vorgegeben, so muss deren Politik auf den unteren Ebenen dann umgesetzt, übersetzt und kompatibel gestaltet werden. Dies, so meine Erfahrungen aus den bisher 20 Jahren ehrenamtlicher politischer

Tätigkeit, wird schwerer. Viele Vorgaben kommen von „oben“, müssen umgesetzt werden. Da die unteren Ebenen vorwiegend am finanziellen Tropf z.B. der Landesregierung hängen, gibt es auch Einflussnahmen und einen entsprechenden Umsetzungsdruck.

Die Arbeit im Ehrenamt ist wichtig, aber darf auch nicht überschätzt werden. Denn als Abgeordnete bekommen wir in den Sitzungen die Vor- und Zuarbeit der Ämter, wo die eigentlichen Fachleute sitzen. Hier ist viel Vertrauen gefragt und das Feingespür, wo vielleicht auch politische Interessen gerade „regierender“ Parteien einen gewissen Einfluss nehmen wollen. Spannend war es in all den Jahren immer vor anstehenden Wahlen. Hier versuchte sich eigentlich jede Partei in den Fokus des Wahlvolkes zu bringen. Mit Vorteil für die Parteien, die das politische Sagen in den Ämtern und die besten Verbindungen zu den Medien haben, bzw. je nach politischer Ausrichtung der Medien. Wirklich neutral sind aus meiner Erfahrung Medienvertreter nie, weil diese Arbeit von Menschen ge-

macht wird, die auch ihre eigenen Sichtweisen zu den Themen unserer Zeit haben.

Soweit ein kurzer tendenzieller Einblick in ca. 20 Jahre ehrenamtlicher Kommunalpolitik.

Wir danken als Bundesvorstand Matthias Kohlstedt für seine langjährige, hochengagierte und hingeebene Arbeit im Kreistag und in der Gemeindevertretung. Matthias ist damit vor allem der nächsten Generation Vorbild und sicher auch Ratgeber, um den Staffelstab zu übernehmen. Danke, Matthias, dass Du Bündnis C und bereits die Vorgängerparteien in der Kommunalpolitik in Mecklenburg-Vorpommern über 20 Jahre repräsentiert hast und wir von Deinen Erfahrungen lernen durften!



Martin Schönhoff

Mitglied im Gemeinderat Wedemark 2016–2021

Im Ortsrat Hellendorf seit 2016 für Bündnis C, seit 2021 Stellvertretender Ortsbürgermeister Hellendorf

Beruf: Selbständiger Landwirt

Meine Motivation für die Kommunalarbeit ist, mich authentisch als Christ in die Gemeinschaft einzubringen, ohne den taktischen Zwängen einer großen Partei zu unterstehen.

Meine Erfahrung ist, dass eine Kandidatur auf kommunaler Ebene eine gute persönliche Vernetzung und Bekanntheit vor Ort braucht. Leider wurde ich 2021 im Gemeinderat trotz großen Aufwandes abgewählt. Unmittelbar vor der Bundestagswahl wurde auch die Kommunalwahl von den großen Parteien überlagert, was die kleineren Parteien Stimmen kostete. Und leider wählen viele Christen immer noch „strategisch“, statt ihrem Gewissen zu folgen. Aber davon sollte sich niemand abschrecken lassen. Auf kommunaler Ebene werden vor allem Personen gewählt und mit einem Kommunalmandat steigt die Wahrnehmung von Bündnis C.



Hermann Bohnenkamp

Mitglied im Gemeinderat Bad Essen von 2016 bis 2021 und dann als Nachrücker für Katharina Eichwald ab Juni 2023

Beruf: Heilpädagoge in der Jugendhilfebetreuung einer Kleinsteinrichtung

Im Gemeinderat arbeite ich im Wirtschaftsausschuss mit.

Was mir allgemein am Herzen liegt, ist ein gutes Miteinander in den Sitzungen, ein sachlicher Umgang mit den Themen und zu einem guten mehrheitsfähigen Ergebnis mit allen Ratskollegen zu kommen. Meine Motivation ist im Gemeinderat mitzugestalten, mich in die Thematik einzuarbeiten, um bei Bedarf etwas dazu zu sagen.

Erfahrungsbericht aus der Gemeinderatsarbeit

Im Oktober 2023 hat sich die Gruppe SPD, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN und Bündnis C getrennt von den GRÜNEN, weil es mit ihnen nur noch wenig Konsens gab. Ich habe dem zugestimmt. Nun läuft die politische Arbeit spürbar effektiver. Die Gruppenvorsitzende von SPD/Bündnis C hat durch den Weggang der GRÜNEN den Wirtschaftsausschuss verlassen, so dass ich an diese Stelle nachgerückt bin.

Bei einer SPD/Bündnis C – Sitzung im Oktober 2023 haben wir über die Kindertagesstätte mit Krippe in Bad Essen für ca. 100 Kindern gesprochen, die zurzeit gebaut wird. Ich habe die Bündnis C – Position vertreten, dass Kinder bis wenigstens drei Jahre die Geborgenheit bei den Eltern gut gebrauchen können. Als Entlastung sollte der Mutter ein Erziehungsgehalt gezahlt werden. Natürlich war ich mit dieser Position alleine.

Ein großes Thema bei uns in Bad Essen ist das Bauen. Eine Frau aus meinem Ort hat eine Ackerfläche am Waldrand in Bad Essen, die sich direkt an die vorhandene Siedlung anschließt. Die möchte sie gerne ökologisch bebauen lassen. Viele der Anwohner sind aus verschiedenen Gründen dagegen. Die Besitzerin der Fläche, Wohnungssuchende und der Gemeinderat sind offen für die Bauentwicklung. Nach Beendigung der Bauleitplanung wird es zu einer Entscheidung kommen.

Andere Themen sind der Haushaltsplan, Lebensmittel-einzelhandel oder das Bahnstreckenreaktivierungspro-

gramm. Vor einigen Wochen bekam ich als Bündnis C – Gemeinderatsmitglied zusammen mit den anderen Parteien eine Einladung von der Bürgerinitiative NAGUT – Nachhaltig und GUT leben in ganz Bad Essen – zu einer Podiumsdiskussion, Thema: Klimaresiliente Siedlungs- und Freiraumentwicklung – Option für Bad Essen. Zu Beginn der Veranstaltung wurden die Sprecher der Parteien von CDU, SPD, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN, Bündnis C und der Bürgermeister nach vorne gerufen. Herr em. Prof. Hubertus von Dressler, Experte für Landschaftsplanung an der Hochschule Osnabrück, hielt einen detaillierten Vortrag zum Thema, zu dem wir anschließend von einer Moderatorin Fragen gestellt bekamen. Ich wurde drei Mal zu der erwähnten Bebauung gefragt und konnte mich wacker schlagen in der Unterstützung dieser Wohnungsbauplanung.

Zu guter Letzt möchte ich erwähnen, dass es in Bad Essen am 11. Februar 2024 eine Demonstration für Demokratie mit allen Parteien des Gemeinderats und den Kirchen vor Ort gab. Es gab eindeutige Aussagen der Redner gegen Rechtsradikalismus, dass wir solche Zustände wie unter Hitler nie wieder in Deutschland haben wollen.

Ich möchte lernen, mich als Bündnis C – Gemeinderatsmitglied zu entwickeln, und wo es mir möglich ist, meine Position zu vertreten.



Alain Kaffo

Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Fulda seit dem 1. Mai 2022

Beruf: IT-Berater

Engagiert sich insbesondere im Ausschuss für Soziales, Familie und Jugend.

Alain Kaffo, geboren in Kamerun im Jahr 1980, ist seit September 2004 in Fulda ansässig. Nachdem er sein Studium der Wirtschaftsingenieurwissenschaften an der Hochschule Fulda im Jahr 2009 abgeschlossen hatte, hat er sich einem höheren Auftrag verschrieben: der geistlichen Erweckung Deutschlands. Als überzeugter Christ glaubt er fest an die Werte und Lehren der Bibel. Als Ehemann und Vater von vier Kindern findet er in seinen Hobbies wie Fahrradfahren und Lesen und beim Beten Ausgleich.

Als Mitglied der Jesus Haus Gemeinde Fulda ist seine Motivation für die kommunale Arbeit klar definiert: Er setzt sich für soziale Gerechtigkeit ein, unterstützt Minderheiten und strebt eine christlich geprägte Politik an. Sein Ziel ist es, entschiedene Christen in die Kommunalpolitik zu integrieren.

In der Stadtverordnetenversammlung Fulda steht er mit seiner Fraktion für eine Veränderung der Gesellschaft. Er setzt sich vehement für die Wiederbelebung christlicher Werte in

der deutschen Gesellschaft ein und möchte das Bewusstsein für eine Rückkehr zum Schöpfer schärfen. Sein Einsatz gilt dem Schutz des Lebens von der Befruchtung bis zum natürlichen Tod.

Besonders wichtig ist ihm die Unterstützung Israels als das auserwählte Volk Gottes, aus dem der Messias hervorgegangen ist. Regelmäßige Straßeneinsätze für Israel sind Teil seiner politischen Aktivitäten. Er ist überzeugt, dass eine Gesellschaft, die sich mit Christus verbindet, geheilt werden kann.

Weitere Mandatsträger sind Dietrich Janzen im Stadtrat Espelkamp und Dr. Norbert Höhl im Kreistag Fulda und der Gemeindevertretung Petersberg. Sie stellen sich im nächsten Heft vor.

Mitglieder stellen sich vor

Wir starten eine neue Rubrik, damit sich unsere Mitglieder besser kennenlernen, Gleichgesinnte sich finden, damit Beziehungen geknüpft werden und Sie sehen, wie viele interessante Menschen sich in Bündnis C engagieren. Schicken Sie uns gern Ihr Portfolio nach diesem Muster für eins der nächsten Hefte!

Heute: Karin Wloka

Alleinerziehende Mutter von drei Kindern und Hausfrau



1. Wie bist du zu Bündnis C gekommen?

Zu Bündnis C kam ich, da mich Gott berufen hat! Durch eine Glaubensschwester, die mich bat, darüber zu beten, ob ich nicht auch zu Bündnis C soll – und Gott hat zweimal ein Ja gegeben.

2. Warum engagierst du dich politisch?

Schon als Kind habe ich zu meiner Oma gesagt: Wenn ich mal groß bin, möchte ich die Welt verändern. Meine Worte – in Gottes Ohren.

3. Woran würdest du gern in Bündnis C mitarbeiten oder tust es schon?

Besonders am Herzen liegen mir die ungeborenen Kinder, Kinder, Jugendliche und Senioren, auch Obdachlose. Dafür setzte ich mich ein.

4. Wenn du dir ein politisches Amt wünschen könntest, welches wäre das?

Um einiges zu ändern, würde ich mir einen Posten in der Regierung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wünschen. Außerdem Mitspracherecht für Digitales, Verkehr, Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen, Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft, Finanzen und Soziales.

5. Welches Deiner Talente hältst Du für das Wichtigste?

Ich verfüge über Organisationstalent, Anpassungsfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Flexibilität und Hilfsbereitschaft.

6. Dein Lieblingsbuch oder Hobbys?

An erster Stelle lese ich die Bibel und alles, was mit Gott zu tun hat. Ich spiele Gitarre, singe und tanze gerne.

7. Ein Satz, den du unseren Lesern gern mitgeben möchtest:

Wenn der Herr nicht das Haus baut, dann ist alle Mühe umsonst. Wenn der Herr nicht die Stadt bewacht, dann wachen die Wächter vergeblich. Ihr steht frühmorgens auf und gönnt euch erst spät am Abend Ruhe, um das sauer verdiente Brot zu essen. Doch ohne Gottes Segen ist alles umsonst! (Psalm 127, 1f)

Deshalb, liebe Leser und Leserinnen, ist es mir wichtig, Entscheidungen so zu treffen, wie es Gott gefällt: Nicht nach meinem Willen, sondern nach Gottes Willen.

Ich bin dafür!

Es wird zu viel schlecht geredet. Zu viel geschimpft, gejammt, gemeckert, sich beschwert, beklagt, Dinge zerredet, Leute beleidigt, Probleme betont, Sachverhalte verkürzt, Streit gesucht, Recht behalten, die eigene Meinung über andere erhoben, Undankbarkeit gezeigt und so weiter.

Deshalb heißt es an dieser Stelle: Ich bin dafür!

Heute: Die Mitarbeiterin, der Mitarbeiter

Lieber Leser, um Missverständnissen gleich am Anfang vorzubeugen: Es geht hier und heute nicht um den allgemeinen Fachkräftemangel und die Frage, ob wir zu der Lösung dieses Problems Menschen aus anderen Ländern benötigen. Auch nicht um die Tatsache, dass in einigen Branchen der Mangel an Personal nicht so groß wäre, wenn die Bezahlung anständiger wäre oder die Rahmenbedingungen. Sie werden heute auch nichts lesen über den Zusammenhang zwischen dem jahrelang vorgetragenen Mantra, dass nur das Abitur und ein Studium (und sei die Studienrichtung auch noch so absurd) das Fortkommen und gesellschaftliche Anerkennung bringen, und dem Faktum, dass sich Hauptschulabsolventen als Menschen zweiter Klasse fühlen und niemand eine Lehre in einem Handwerksberuf beginnen möchte. Nein. Es geht um mehr: Um die Zeit nach dem Feierabend. Die heilige Freizeit.

Wissen Sie noch? Neulich sprachen wir an dieser Stelle über das Gebet und darüber, dass unser ganzes Tun ohne Gebet nur die halbe Miete ist. Wenn überhaupt. Heute drehen wir die Kiste einmal um, beziehungsweise wir schaffen eine Verbindung:

In Matthäus 9 fordert Jesus seine Jünger (also uns) auf, „den Herrn der Ernte zu bitten, Arbeiter auszusenden in seine Ernte“. Daraus jetzt zu schließen, dass es damals schon Personalprobleme gab, ist etwas zu weit hergeholt. Da der Mensch aber schon immer gleich tickte, ist diese Parallele dennoch zulässig. Denn das Wort, dass unser Freund Martin Luther so friedlich mit „aussenden“ übersetzt hat, heißt im griechischen Original „ἐκβάλλη“. In unseren Buchstaben „ekbalo“. Das müsste eigentlich mit „hinaustreten“ übersetzt werden, unser Wort Ball erinnert daran. Warum hinaustreten und nicht aussenden? Weil offensichtlich schon vor

zweitausend Jahren die Bequemlichkeit ein großes Problem war.

Wenn Sie, lieber Leser, jetzt zurückzucken, weil Ihnen das nicht gewaltfrei genug klingt, dann tut es mir leid, ich hab den Vers nicht geschrieben. Und auch den möglichen Einwand, dass es bei dem Vers ja um Mission geht und nicht um Politik, lasse ich nur begrenzt gelten, denn beides dient dem Bau des Reiches Gottes. Wenn dies nicht das Ziel von Bündnis C wäre, dann wäre unsere Arbeit sowieso vergeblich. Auch diesen Punkt haben wir ja neulich hier ausführlich beleuchtet.

Sollte jetzt, beim Gedanken an zusätzliche Mitarbeiter, so ein unbestimmtes Kribbeln ihrem Bauch oder Herzen einsetzen, dann sind Sie vielleicht gemeint. Wir laden Sie herzlich ein, mitzuarbeiten. Der Einsatzmöglichkeiten sind viele: Unterschriften sammeln, Werbung verteilen, in den Vorständen Verantwortung übernehmen oder die Vorstände entlasten durch Eröffnen einer Geschäftsstelle, Mitglieder gewinnen, dem Gastredner ein Glas Wasser bringen, Briefe drucken, falten, eintüten, Parteitage vorbereiten, regionale Treffen durchführen oder vorbereiten, Sponsoren gewinnen, in der Fußgängerzone einen Stand aufstellen und mit Leuten sprechen, regionale Verbände gründen, ...

Fragen Sie in der Bundesgeschäftsstelle nach oder bei Ihren Vorständen. Ich bin überzeugt, Sie werden offene Türen einrennen.

Und wenn Sie immer noch unsicher sind und mich fragen: Ich bin dafür.

Hartmut Voß

Stellvertretender
Bundesvorsitzender



Einladung zum Online-Gebet

Vielen herzlichen Dank an dieser Stelle für all Ihre Gebetsunterstützung. Denen, von den wir es wissen, und auch besonders jenen, die das im Verborgenen tun.

Für Sie alle hier der Hinweis auf unser seit Ende Januar **vierzehntägig online stattfindendes Gebets-treffen**, zu dem ich Sie hiermit herzlich einlade, falls Sie noch nicht dabei sind. Die nächsten Treffen bis zum Sommer sind am 08.04., 22.04., 06.05., 20.05., 03.06., 17.06., jeweils 18:00 Uhr für ca. 45 Minuten.

Der Einwahl-Link zu den Gebets-treffen bleibt bestehen: <https://us06web.zoom.us/j/82574233573?pwd=1LcZdrYbcNpflr04az42lOyLJGWMI.1> Von der Bundesgeschäftsstelle erhalten Sie den Link auch digital.

Dort erhalten Sie auch unseren monatlichen Gebets-brief, falls Sie ihn noch nicht abonniert haben und mit-beten wollen für Bündnis C.

Hartmut Voß
Stellvertretender Bundesvorsitzender

Spendenaufruf

Liebe Mitglieder, liebe Freunde,

als erstes möchte ich mich bei Ihnen/Euch für all die Gebete, die Mitarbeit und den großartigen Einsatz beim Sammeln der Unterstützungsunterschriften für die Europawahl 2024 bedanken. Wir freuen uns sehr, dass wir über 6000 gültige Unterschriften bei der Bundeswahlleiterin abgeben konnten.

Jetzt können wir richtig durchstarten. Dies ist aber auch mit Kosten verbunden, Kosten, die ein normales Haushaltsjahr nicht hergibt. Aus diesem Grund benötigen wir dringend auch die finanzielle Unterstützung unserer Freunde und Mitglieder. Hier nur einige der Sonderausgaben: Veranstaltungen zur Europawahl, Europawahl-Flyer, Schulungen, Wahlwerbung und vor allem die Produktion eines guten Wahlwerbespots. Sicher haben Sie/ habt Ihr längst erkannt, wie vielfältig unsere Aufgaben besonders in diesem Europawahljahr sind.

Um all dieser Verantwortung gerecht zu werden, brauchen wir vor allem Menschen, die bereit sind, diese Arbeit im Gebet zu tragen und auch finanziell zu unterstützen.

Verbunden mit den besten Segenswünschen grüßt Sie herzlich Ihr

Mathias Scheuschner
Bundesschatzmeister

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts: **Bündnis C - Christen für Deutschland**

BIC: **KARSDE66XXX**

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

IBAN: **DE60660501010108232562**

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

Betrag: Euro, Cent: **08**

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN: **08**

Datum: _____ Unterschrift(en): _____

423 457 DG VERLAG

Schreibmaschine: normale Schreibweise! Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Aus den Landesverbänden

Sachsen

Landesparteitag am 02.03.2024 in Marienberg

Am 02.03.2024 trafen sich die Mitglieder des Landesverbandes Sachsen zur Wahl des Landesvorstandes für die nächsten zwei Jahre im Jesus Zentrum Erzgebirge in Marienberg. Vor der Wahl wurde der Rechenschaftsbericht und der Finanzbericht für das vergangene Jahr 2023 erläutert und Entlastung erteilt.

Als neuer Landesvorstand wurden gewählt:

Thomas Lamowski (Landesvorsitzender),
Rene Raunest (Stellvertretender Landesvorsitzender),
Eva Vieweg (Landesschatzmeisterin),
Andreas Türpe, Janko Vieweg, Martin Stiehler, Christian Seifert, Josia Vantroyen, Hartmut Voß (Beisitzer).

Der neue Vorstand hat in seiner Amtszeit den Wahlkampf für die Europawahl am 09.06.2024 und die Unterstützungsunterschriften für die Landtagswahl in Sachsen am 01.09.2024 zu managen. Im Jahr 2025 kann er die Zulassung zur Bundestagswahl anvisieren.

Wir möchten uns bei Simon Haustein, der bisher stellvertretender Vorsitzender war, ganz herzlich bedanken. Er hat viel Engagement in den Landesvorstand Sachsen eingebracht. Mit ihm haben wir mehr Qualität in unserem Auftreten und in der Kommunikation mit den Parteimitgliedern bekommen sowie eine gute Präsentation der Webseite. Er wird uns fehlen. Damit das Loch nicht zu groß wird, danken wir Simon, dass er die Verantwortung für die Webseite vorerst weiter übernimmt.

Der neue Vorstand wurde gesegnet und es gab eine Gebetsgemeinschaft. Wir freuen uns sehr, dass sich für die kommende Amtszeit drei neue Beisitzer gefunden haben, die frische Impulse in den Landesvorstand bringen können. Mit Gottes Hilfe und Vertrauen wird der neugewählte Vorstand die Herausforderungen der nächsten zwei Jahre meistern. Gott ist an unserer Seite.



Aufstellungsversammlung zur Wahl der Kandidaten für die Landtagswahl Sachsen 2024

Am 02.03.2024 nachmittags fand die Aufstellung unserer Landesliste für die Landtagswahl 2024 statt.

Wir hatten vom Landeswahlleiter wichtige Hinweise bezüglich der Vertrauenspersonen und der Personen an Eides statt erhalten. Daher wiederholten wir die Aufstellung der Kandidaten zur Sicherheit, damit unsere Liste nicht abgelehnt wird. Durch Fehler lernt man für künftige Wahlen hinzu. Es ist wichtig, sich mit dem jeweiligen Landeswahlgesetz zu beschäftigen, genau die Fristen zu beachten und beim Ausfüllen der Formulare immer das 4-Augen-Prinzip anzuwenden. Professionalität heißt: aus Fehlern lernen und sie nicht wiederholen.

Am 02.03.2024 haben wir also mit viel Ruhe, Gottvertrauen und dem Bemühen, keine Fehler zu machen, unsere Aufstellungsversammlung wiederholt. Am 07.03.2024 stellte der Landeswahlleiter unser Formblatt für die Unterstützungsunterschriften aus. Wir sind dankbar, jetzt 1000 Unterschriften in Sachsen sammeln zu können. Es ist viel zu tun, da am 27.06.2024 um 18 Uhr die Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge endet.

Wir haben diese sieben Listenkandidaten aufgestellt:

1. Thomas Lamowsk,
2. Janko Vieweg
3. René Raunest
4. Andreas Türpe
5. Eva Vieweg
6. Christian Seifert
7. Samuel Weiß

Nebstehend und auf der Homepage des sächsischen Landesverbandes unter <https://sachsen.buendnis-c.de/landtagswahl-2024/> ist das Formblatt für die Unterstützungsunterschriften veröffentlicht. Wir freuen uns sehr, wenn Sie uns beim Sammeln helfen!

Formblatt für eine Unterstützungsunterschrift (Landesliste)

Eine Unterstützungsunterschrift ist nur gültig, wenn die Unterzeichnerin oder der Unterzeichner sie eigenhändig geleistet hat. Unterstützungsunterschriften dürfen erst gesammelt werden, wenn die Landesliste aufgestellt ist. Zuvor geleistete Unterschriften sind ungültig. Jede Wahlberechtigte und jeder Wahlberechtigte darf mit ihrer oder seiner Unterschrift nur eine Landesliste unterstützen. Wer mehrere Landeslisten unterzeichnet, macht sich gemäß § 108d in Verbindung mit § 107a des Strafgesetzbuches strafbar.



Ausgegeben

Kamenz, den 07. März 2024
Der Landeswahlleiter

Unterstützungsunterschrift

(Vollständig in Maschinen- oder Druckschrift ausfüllen)

Ich unterstütze hiermit durch meine Unterschrift die Landesliste der

Bündnis C - Christen für Deutschland (Bündnis C)

(Name der Partei und ihre Kurzbezeichnung)

bei der Wahl zum 8. Sächsischen Landtag

Familienname, Vornamen: _____

Geburtsdatum: _____

Anschrift (Hauptwohnung)

Straße, Hausnummer: _____

Postleitzahl, Wohnort: _____

Ich bin damit einverstanden, dass für mich eine Bescheinigung des Wahlrechts eingeholt wird.¹⁾

_____, den _____

(eigenhändige Unterschrift)

Datenschutzhinweise auf der Rückseite

(Nicht von der Unterzeichnerin oder dem Unterzeichner auszufüllen)

Bescheinigung des Wahlrechts²⁾

Die vorstehende Unterzeichnerin oder der vorstehende Unterzeichner ist nach § 11 SächsWahlG wahlberechtigt.

_____, den _____

(Dienstsiegel)

(Unterschrift der oder des Beauftragten der Gemeinde)

¹⁾ Streichen, wenn die Unterzeichnerin oder der Unterzeichner die Bescheinigung ihres oder seines Wahlrechts selbst einholen will.

²⁾ Das Wahlrecht darf durch die Gemeinde jeweils nur einmal für einen Kreiswahlvorschlag und eine Landesliste bescheinigt werden. Dabei darf die Gemeinde nicht festhalten, für welchen Wahlvorschlag die Bescheinigung bestimmt ist. Die Wahlberechtigung der Unterzeichnerin oder des Unterzeichners muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein.

Rückseite des Formblatts für eine Unterstützungsunterschrift (Landesliste)

Informationen zum Datenschutz

Für die mit Ihrer Unterstützungsunterschrift angegebenen personenbezogenen Daten gilt:

1. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten dient dazu, die Mindestzahl von Unterstützungsunterschriften für eine Landesliste nach § 27 Absatz 1 des Sächsischen Wahlgesetzes nachzuweisen.

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von § 2 Absatz 4 Sächsisches Datenschutzdurchführungsgesetz, Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c und Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe g Datenschutz-Grundverordnung in Verbindung mit den §§ 27 und 28 des Sächsischen Wahlgesetzes und den §§ 35, 36 und 37 Landeswahlordnung.

2. Sie sind nicht verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen. Ihre Unterstützungsunterschrift für die Landesliste der Partei ist jedoch nur mit diesen Angaben gültig.

3. Verantwortlich für die Verarbeitung der mit Ihrer Unterstützungsunterschrift angegebenen personenbezogenen Daten ist die Unterstützungsunterschriften sammelnde Partei
(Bündnis C Christen für Deutschland, Landesverband Sachsen, Kärnerstr. 2, 04288 Leipzig)¹.

Verantwortlich für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten bei der Erstellung der Wahlrechtsbescheinigung ist die Gemeinde, bei der Sie mit Ihrem Hauptwohnsitz gemeldet sind. Die Kontaktdaten der oder des Datenschutzbeauftragten können bei der Gemeinde erfragt werden. Sie sind von der Gemeinde gemäß § 2 Absatz 4 Sächsisches Datenschutzdurchführungsgesetz, Artikel 37 Absatz 7 Datenschutz-Grundverordnung zu veröffentlichen.

4. Die personenbezogenen Daten erhält der Landeswahlleiter (Postanschrift: Der Landeswahlleiter, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Macherstraße 63, 01917 Kamenz; E-Mail: landeswahlleiter@statistik.sachsen.de) und der Landeswahlausschuss (Postanschrift: c/o Landeswahlleiter).

Im Falle von Wahleinsprüchen können auch der Sächsische Landtag, die sonstigen nach dem Wahlprüfungsgesetz am Verfahren Beteiligten sowie der Sächsische Verfassungsgerichtshof, in anderen Fällen auch andere Gerichte Empfänger der personenbezogenen Daten sein.

5. Die Frist für die Speicherung der personenbezogenen Daten richtet sich nach § 78 Absatz 3 Landeswahlordnung: Formblätter mit Unterstützungsunterschriften für Wahlvorschläge sind nach Ablauf von sechs Monaten seit der Wahl zu vernichten, wenn nicht der Landeswahlleiter mit Rücksicht auf ein schwebendes Wahlprüfungsverfahren etwas anderes anordnet oder sie für die Strafverfolgungsbehörde zur Ermittlung einer Wahlstraftat von Bedeutung sein können.

6. Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen stehen Ihnen folgende Rechte zu:
 - Recht auf Auskunft über Sie betreffende personenbezogene Daten (§ 2 Absatz 4 Sächsisches Datenschutzdurchführungsgesetz, Artikel 15 Datenschutz-Grundverordnung)
 - Recht auf Berichtigung der Sie betreffenden unrichtigen personenbezogenen Daten (§ 2 Absatz 4 Sächsisches Datenschutzdurchführungsgesetz, Artikel 16 Datenschutz-Grundverordnung)
 - Recht auf Löschung personenbezogener Daten (§ 2 Absatz 4 Sächsisches Datenschutzdurchführungsgesetz, Artikel 17 Datenschutz-Grundverordnung)
 - Recht auf Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten (§ 2 Absatz 4 Sächsisches Datenschutzdurchführungsgesetz, Artikel 18 Datenschutz-Grundverordnung)

Durch die Ausübung der vorbenannten Rechte wird Ihre Unterstützungsunterschrift nicht zurückgenommen.

7. Sind Sie der Ansicht, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt, können Sie Beschwerden an die Sächsische Datenschutz- und Transparenzbeauftragte oder den Sächsischen Datenschutz- und Transparenzbeauftragten (Postanschrift: Sächsische Datenschutz- und Transparenzbeauftragte, Postfach 11 01 32, 01330 Dresden, E-Mail: post@sdtb.sachsen.de) richten.

¹ Name und Kontaktdaten sind von der Partei einzutragen

In Dresden standen die Türen beim Sammeln von Unterstützungsunterschriften für die Europawahl weit offen, wir wurden sogar im Gottesdienst angesagt. Wir hatten nach dem Gottesdienst in freikirchlichen Gemeinden 20 bis 30 Unterschriften gesammelt. Es war Gnade, mit unserer christlichen Politik willkommen zu sein. Leider wurde jetzt die Tür zugeschlagen: „Eine Sammelaktion ist genug“. Bitte betet für den sächsischen Landesverband um die 1000 behördlich bestätigten Unterstützungsunterschriften bis Mitte Juni 2024.



Mecklenburg-Vorpommern

Landesparteitag am 16.02.24 in Güstrow

Am 16.02.24 trafen sich die Mitglieder des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern in Güstrow, der Kreisstadt des Landkreises Rostock, im Zentrum des Landes.

Zunächst gab es Informationen über aktuelle Arbeitsschwerpunkte des Bundesverbandes. Im Anschluss tauschten wir uns über unsere Erlebnisse beim Forum missionarischer Möglichkeiten in Waren und beim Ökumenischen Kirchentag in Pasewalk im Jahr 2023 aus. An beiden Veranstaltungen waren wir mit Info-Ständen vertreten und konnten mit interessierten Mitgliedern Kontakte knüpfen oder vertiefen.

Matthias Kohlstedt gab bekannt, dass er nach 20 Jahren intensiven Engagements als Mitglied des Kreistages im Landkreis Rostock bei der anstehenden Kommunalwahl am 9. Juni 2024 nicht mehr antreten wird. Wir zeigen dafür volles Verständnis und würdigen seinen treuen Einsatz, der in dieser Tiefe und Dauer in unserer Partei einzigartig sein dürfte.

Die Mitglieder aus dem Landkreis zeigten trotzdem Bereitschaft, im Rahmen einer gesonderten Veranstaltung einen Wahlvorschlag zu erstellen.

In den Landesvorstand wurden turnusgemäß neu gewählt:

Landesvorsitzender: Christian Hauser (Boizenburg)

Stellvertretende Landesvorsitzende: Ute Büschkens-Schmidt (Kuchelmiß), Olaf Magath (Pasewalk)

Schatzmeister: Manfred Schmidt (Kuchelmiß)

Beisitzer: Anette Brack (Teterow), Christoph Reeps (Krakow), Gabriele Kohlstedt (Kuchelmiß), Mathias Kohlstedt (Kuchelmiß), Gretel v. Holst (Güstrow)



Kreisversammlung Rostock-Land mit Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahl

Am 06.03.2024 um 18:00 Uhr kamen die Mitglieder des Kreisverbandes Rostock in Kuchelmiß zusammen, um den neuen Kreisvorstand und die Kandidaten für die Kommunalwahl zum Kreistag Rostock am 09.06.2024 zu wählen.

Nach der Begrüßung durch Ute Büschkens-Schmidt wurde mit einem geistlichen Impuls von Manfred Brack aus Teterow die Versammlung eröffnet. Er wählte die Tageslosung als Thema: „Der HERR behüte dich vor allem Übel, ER behüte deine Seele.“ (Psalm 121,7)

Es ist wichtig, dass wir uns zu jeder Zeit bewusst sind, dass unsere Hilfe vom dem HERRN kommt, der Himmel und Erde gemacht hat. Der uns behütet schläft nicht. ER wird uns vor dem Bösen bewahren, das uns in dieser Welt in vielfältiger Weise begegnet. Es folgte ein Gebet um Gottes Segen und Leitung für diese Zeit.

Die Versammlung wurde von Mathias Kohlstedt geleitet. Als bisheriger Vorsitzender des Kreisverbandes gab er den Rechenschaftsbericht. Der alte Kreisvorstand wurde entlastet. Wir sagen herzlichen Dank für eure Arbeit in den letzten Jahren. Gott segne euch!

Im neuen Kreisvorstand wurde als Vorsitzende Ute Büschkens-Schmidt (Kuchelmiß) gewählt. Stellvertretende Kreisvorsitzende ist Anette Brack (Teterow) und Schatzmeister Manfred Schmidt (Kuchelmiß).

Daran anschließend wurden die Kandidaten für die Kommunalwahl des Landkreises Rostock in dieser Reihenfolge aufgestellt:

1. Ute Büschkens-Schmidt
2. Gretel von Holst
3. Christoph Reeps
4. Gabriele Kohlstedt
5. Manfred Brack
6. Manfred Schmidt
7. Angelika Jopp
8. Damaris Meyer

Die acht Kandidaten werden in allen Wahlbereichen des Landkreises Rostock auf der Liste von Bündnis C stehen.



Anette Brack

Stellvertretende
Kreisvorsitzende
Rostock-Land

Die nächste Generation erreichen und wählbar sein!

Am 16.02.2024 wurde in Güstrow ein neuer Landesvorstand gewählt. Der Altersdurchschnitt liegt über 65 Jahre. Die Mitglieder, die gewählt hatten, waren demnach unwesentlich jünger. Da müssen wir uns schon fragen: Wie kommt das?

Ist das eine Erscheinung des wachsenden Altersdurchschnitts der Bevölkerung oder kümmern wir uns zu wenig um jüngere Christen, damit diese Mitglieder werden? Oder sind die Themen, die wir in Bündnis C – Christen für Deutschland vertreten, für Jüngere nicht wichtig?

Ich denke doch. Christen widmen sich ehrenamtlichen Tätigkeiten, deren Durchführung sehr abhängig ist von der Gesetzgebung. Diese Gesetze und Bestimmungen hemmen so häufig eine gute, den Menschen nützliche

Arbeit. Man schlägt sich mit Behörden herum, anstatt sich aktiv in die politische Gestaltung unseres Landes einzumischen.

Wie kann man jüngeren Menschen klar machen, wie wichtig das Mitmachen in der Politik ist, und wie kann man sie für politische Arbeit gewinnen? Schauen wir in die Parlamente, dann sitzen dort Berufspolitiker – keine Arbeitnehmer, die ihre berufliche Laufbahn aufgegeben haben, oder selbständig Tätige, die ihren Betrieb fremd verwalten lassen. Wir werden regiert von Akademikern, die im Zweifel nicht wissen, wie man eine Familie ernährt, die aber darüber Entscheidungen treffen, wie eine Familie aussehen soll.

Die Aufgabe des neuen Vorstandes in Mecklenburg-Vorpommern wird es sein, neue, junge Mitglieder zu gewinnen. Das geht nur, wenn wir uns zu ihnen hinbewegen. Bei den christlichen Studenten durfte ich seinerzeit nicht kommen, um einen Vortrag über Christen in der Politik zu halten. Also muss ich bei den noch Jüngeren anfangen. Meine nächste Aufgabe ist es, einen Vortrag bei der christlichen Jugend unserer Gemeinde zu halten. Das darf ich sogar, was nicht immer selbstverständlich ist.

Deshalb haben wir auch eine Liste für die Kommunalwahl aufgestellt, auch wenn Mathias Kohlstedt nicht wieder kandidiert. Für die Europawahl hatten wir viele Unterstützungsunterschriften erhalten – und jetzt bei der Kommunalwahl standen wir nicht auf dem Wahlzettel, waren nicht wählbar? Das konnte nicht richtig sein.

Liebe Mitglieder, an uns allen liegt es, ob wir in der Öffentlichkeit sichtbar sind. Darauf zu warten, ob uns zufällig jemand entdeckt, hilft da wenig, und klagen, dass wir wenig bekannt sind, schon gar nicht. Ein Mittel, den Bekanntheitsgrad von Bündnis C zu steigern, ist immer der Wahlzettel und der dazugehörige Wahlkampf. Alle anderen Möglichkeiten wie Einladungen zu politischen Stammtischen, Anzeigen in Tageszeitungen und farbige Flyer helfen sicher. Aber erreichen wir damit wirklich viele Bürger? Wer liest die Anzeige in der Zeitung, wer den Flyer? Den Wahlzettel nehmen viele Bürger in die Hand. Das ist sicher.

Daher möchte ich allen Mitgliedern Mut machen, sich zu den Wahlen als Kandidaten aufstellen zu lassen. Auch in einem Bundesland, wo es keinen Landesverband gibt, besteht die Möglichkeit, als Einzelkandidat anzutreten. Seien Sie mutig und aktiv. Mit Gottes Hilfe wird es gelingen.

*Ute Büschkens-Schmidt,
Stellvertretende Landesvorsitzende Mecklenburg-
Vorpommern*

Baden-Württemberg

Kommunalwahl in Lörrach

Am 06. März 2024 konnten wir in Weil am Rhein einen Kandidaten für die Kommunalwahl in Lörrach am 09. Juni aufstellen.



Bei der Aufstellungsver-sammlung waren wir sieben Mitglieder aus dem Landkreis Lörrach, davon vier stimmberechtigte Lörracher Mitglieder, um die Bündnis C-Liste zu wählen. Zur Wahl stellte sich Jérôme Lagarde aus Obertüllingen, einem Lörracher Stadtteil. Nach einer imposanten kurzen Vorstellung seiner Person, seiner Ziele und Schwerpunkte erhielt er ein einstimmiges Votum der vier stimmberechtigten Mitglieder.

Wir freuen uns sehr, 2024 zum ersten Mal einen Anlauf in Richtung Stadtrat in Lörrach unternehmen zu können, gratulieren Jérôme und wünschen uns allen den notwendigen Erfolg. Die Formulare konnten wir am 11.03. im Lörracher Wahlbüro einreichen und werden nun die Formblätter für die Unterstützungsunterschriften erhalten. Insgesamt 50 gültige Unterstützer sind erforderlich, um Jérôme auf den Stimmzettel für die Wahl zu bekommen. Dies muss zügig vorangehen, da der letztmögliche Abgabetermin der 28.03.2024 ist.

Wir bitten um viel Unterstützung im Gebet und seitens der Lörracher Freunde um tatkräftige Hilfe.



Jürgen Graalfs

Landesvorsitzender
Baden-Württemberg

Bayern

Landesparteitag in Bayern

Am Sonntag, den 2. März fand in München der bayrische Landesparteitag 2024 statt. Der Tag wurde mit Gebet eröffnet und unter den Segen Gottes gestellt. Es gab wichtige Themen. Der Vorstand musste nach seiner zweijährigen Tätigkeit entlastet werden und es standen Neuwahlen an. Nach Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit ging es direkt zur Sache. Nach einem Rückblick auf das vergangene Jahr und der Vorstellung des Rechenschaftsberichtes wurde der bisherige Vorstand entlastet.

Im vergangenen Jahr investierte der Landesverband Bayern in das lang geplante Videoequipment: Kamera, Licht und Ton sowie einen leistungsstarken Rechner zum Bearbeiten der Clips, mit denen wir deutlich mehr Personen erreichen als mit herkömmlichen Texten. Videos sind eindrücklich, kurzweilig und können leicht, meist mit einem Klick, verteilt werden. An dieser Stelle laden wir Sie, lieber Leser, herzlich dazu ein, dem bayrischen YouTube-Kanal zu folgen und unsere Clips in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis zu verbreiten.



Bei der Wahl des neuen Vorstands wurden erneut Horst Wodarz zum Landesvorsitzenden und Sven Pilz zum Stellvertreter gewählt. Damit setzen die beiden ihre Arbeit zusammen mit Verena Thümmel als Schatzmeisterin fort. Als stellvertretende Schatzmeisterin wurde Ines Mergner gewählt.

Wir freuen uns in Bayern über weiteres Wachstum in den Bezirken. Michel Krug wurde als Ansprechpartner für Mitglieder und Interessenten in Mittelfranken einge-

setzt und Rainer Secker für Oberbayern. Beide wurden auch in den Landesvorstand als Beisitzer gewählt. Annette König, die Vorsitzende des Bezirksverbandes Oberfranken, wurde ebenfalls als Beisitzerin bestätigt. Mit Selina Koffler, die eine starke Stimme für unsere Jugend sein wird, sind die bayrischen Beisitzer komplett.

Der Vorstand freut sich auf die kommende Zeit, in der wir gemeinsam als Christen auf politischer Ebene für Jesus aktiv sein dürfen. Jetzt heißt es Ärmel hochkrempeln und sich auf den Europawahlkampf vorbereiten.

Horst Wodarz

Landesvorsitzender
Bayern,
Facebook-
Administrator



Bezirksverband Oberfranken: Bündnis C hilft

Der Bezirksverband Oberfranken hat sich von Anfang an vorgenommen, die Vorteile einer Mitgliedschaft in Bündnis C herauszustellen. Dass das nicht nur auf dem Papier geschieht, sondern in der Praxis erfahrbar ist, haben wir mit einem Arbeitseinsatz im November 2023 unter Beweis gestellt. Nach einem Gebäudeschaden an einem Schuppen unseres Mitglieds Dorothea Müller-Goodwyn waren Aufräumarbeiten angesagt. Nach dem Motto „Bündnis C hilft“ waren zeitweise



Bündnis C hilft: Jörg Werner und Arno Puschmann

bis zu drei Mitglieder im Einsatz. In mehreren Etappen musste das Material vom Einsturz aus dem Weg geräumt und alles Brauchbare in Sicherheit gebracht werden. Bruchholz wurde dabei gleich zu Brennholz verarbeitet. Die Gemeinschaft wurde dabei auch mit einem gemeinsamen Essen gepflegt. Es war eine schöne Erfahrung, dass wir nicht nur politisch und für die Partei zusammenarbeiten, sondern auch sonst zusammenhalten.

Jörg Werner

Stellvertretender
Bezirksvorsitzender
Oberfranken



Vortrag Christ und Politik

Erfahrungsgemäß ist es oft schwer, mit Politik bei Christen Interesse zu wecken. Noch schwerer scheint es, dazu in christlichen Gemeinden sprechen zu dürfen. Umso mehr haben wir uns gefreut, am 22. 11. 2023 in einer Gemeinde in Oberfranken unseren Vortrag „Christ und Politik“ präsentieren zu dürfen. In der Ankündigung haben wir gefragt: „Sollten Christen sich für Politik interessieren oder sich sogar engagieren?“

Zu Beginn stellte Jörg Werner mit Bibelstellen die verschiedenen Herrschaftsformen dar. Interessanterweise finden wir im Alten wie im Neuen Testament den Wunsch Gottes, selbst König zu sein (Gott als König in der Richterzeit und Jesus als König im Neuen Testament). Danach führte Jörg Werner den Nachweis für die politische Verantwortung von Christen.

Annette König ergänzte in ihrem Vortrag: Wer gute Politik machen möchte, muss Gottes Wort aufrichtig lesen. Sie brachte verschiedene Bibelstellen, die für politisches Wirken sprechen, und stellte die Frage, wie ein weltlicher Politiker ein erfolgreiches, friedliches Leben im Land regieren kann, wenn er nicht Gottes Wort kennt. Christen sollten ihre Verantwortung dem Staat gegenüber wahrnehmen und die Macht nicht den Ungläubigen überlassen – in Verantwortung vor Gott und den Menschen, wie es die Präambel des Grundgesetzes sagt.

Die Veranstaltung wurde sehr gut angenommen und von der Gemeindeleitung gelobt. Erfrischend war auch die Beteiligung bei der anschließenden Diskussionsrunde, da unterschiedliche Ansichten in den Wortmeldungen geäußert wurden. Wir konnten aber sicher das Vorurteil ausräumen, dass Christen lediglich Untertanen und passiv sein sollten.

Annette König und Jörg Werner
Bezirksvorstand Oberfranken

Christen in die Politik!?

Es ist Sonntagmorgen und ich mache mich für den Gottesdienst bereit. Im Badezimmer noch schnell die Haare kämmen, Bart zurechtbringen und Körper mit Deo versehen. Da kommt plötzlich ein Gedanke: Wollen wir bei Bündnis C die Christen für die Politik gewinnen oder sollten wir vielmehr politisch interessierte Menschen für Christus gewinnen? Als Pastor und Mitleiter eines Hausgemeinde-Netzwerkes bin ich hin und her gerissen. Wer ist die Zielgruppe von Bündnis C?

Der Hintergrund der Frage nach der Zielgruppe ist, dass in Traunstein (Oberbayern) eine Veranstaltung in einem Raum veranstaltet werden soll, der für Vereine, Gruppen oder Personen offensteht, die sonst keinen Raum haben, um sich zu treffen. Die Lokalität wirkt eher alternativ, was weniger eine politische Zuordnung ist, als vielmehr den Zustand des Raumes beschreibt. Welche Personen zu der Veranstaltung kommen,

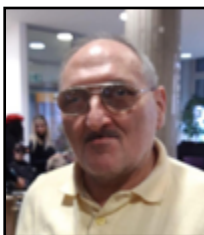
hängt von der Werbung ab, die einerseits selbst in die Hand genommen werden muss, und andererseits über den Verteiler des Vereins läuft.

Zurück zu der Frage, wer die Zielgruppe unserer Partei Bündnis C ist. Auf diese Frage wird oft lapidar und schnell geantwortet: Jeder! So einfach ist es meines Erachtens nicht. Um eine einigermaßen gute Antwort darauf geben zu können, ist es wichtig sich zu vergegenwärtigen, was Politik an sich ist.

Nach Wikipedia stammt das Wort „Politik“ aus dem Griechischen. Es bezeichnet die „Tätigkeiten, Gegenstände und Fragestellungen, die das Gemeinwesen [...] betreffen“. ¹ Präziser wird es im Herkunftswörterbuch erläutert: „Auf die Durchsetzung bestimmter Ziele (besonders eines Staates) und die Gestaltung des öffentlichen Lebens gerichtetes Handeln von Regierungen, Parteien, Gruppierungen, auch übertragen gebraucht im Sinne von ‚berechnendes, zielgerichtetes Vorgehen‘.“ ² Kurz gesagt betrifft Politik wirklich jeden, außer den, der sich selbst aus der Gesellschaft heraus nimmt und somit alleine und isoliert lebt. Somit sind Veranstaltungen, Infostände, Vorträge oder Debatten etc. oder Gespräche mit den Nachbarn oder Freunden immer politisch, auch wenn es nicht um die Staatsgeschäfte geht. Aber sie betreffen das Gemeinwohl, zu dem jeder, der in diesem Land lebt, gehört.

- ¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Politik#:~:text=„,—%20Jörg%20Kammler%2C%201968&text=„Politik%20ist%20die%20Gesamtheit%20aller,“> Gelesen am 19.03.2024
- ² Duden. Etymologie. Herkunftswörterbuch der deutschen Sprache. Mannheim: Dudenverlag, 1997. 2. Auflage: 1997

NACHRUF



Wir nehmen Abschied von

Arno Puschmann

unserem langjährigen Parteimitglied, der sich schon in der PBC engagiert hat. Arno hat sich stets für andere Mitglieder eingesetzt und seine Hilfsbereitschaft ist legendär.

Unser oberfränkisches Bündnis-C-Mitglied Arno Puschmann wurde am 19. März 1956 geboren und hat in seinem Leben einige Krisen überwinden müssen. Er war bis zu seinem Ruhestand als Textilarbeiter tätig. Auch im Ruhestand war Arno stets für andere Menschen da und so durften wir erst vor Kurzem über einen Hilfeinsatz mit ihm berichten. Wir verlieren mit ihm nicht nur einen Freund und Parteifreund, sondern auch einen Bruder im Herrn und ein treues Kind Gottes.

Sein überraschender Tod am 22. März 2024 liess uns keine Gelegenheit zum Abschied.

Wir wissen aber, dass wir ihn wiedersehen werden und im Herrn mit ihm verbunden bleiben.

Der Bezirksverband Oberfranken

Der Landesverband Bayern

Und dennoch muss gesagt werden, dass manche Menschen keinen Bezug zur Politik haben und deshalb auch nicht aktiv werden wollen. Diesen Ansatz verfolgt Dr. Lance Wallnau³, der vor etlichen Jahren ein Seminar zur Gesellschafts-Reformation geschrieben hat. In diesem Seminar wird die Gesellschaft in sieben Bereiche untergliedert: 1. Kirche und Religion⁴, 2. Familie, 3. Bildung und Erziehung, 4. Regierung und Politik, 5. Künste und Kultur, 6. Medien und 7. Wirtschaft.

Als Bündnis C agieren wir in diesem 4. Bereich, der Regierung und Politik; aber als bekennende Christen sehen sich viele eher im 1. Bereich der Kirche und der Religion. Als Christen sollte unser Anliegen sein, alle Gesellschaftsschichten und -bereiche zu durchdringen.

Was könnte das für uns als Partei bedeuten? Es sieht fast so aus, als ob wir in dem Teich fischen wollen, der uns aufgrund unseres Glaubens am nächsten ist. Man könnte es aber auch andersherum sehen und sagen: Warum fischen wir nicht dort, wo Menschen politisch interessiert und ggf. aktiv sind oder werden wollen, aber nicht wissen, wie? Im Bereich der Kirchen haben wir eine „Komm-Struktur“ geschaffen, aber Jesus sagte: Geht hinaus zu den Menschen (Mt 28,19)!

Als ich zu meinem ersten Landesparteitag fuhr, hatte ich einen Eindruck. Es war, als ob mir jemand sagte: Siehe ich sende euch wie Schafe mitten unter die Wölfe (Mt 10,16a). Nachdem ich dort eintraf, glaube ich nicht, dass mit „Wölfe“ die Teilnehmer des Landesparteitages gemeint waren – zumindest habe ich sie nicht als solche wahrgenommen. Ja, für die Politik braucht man eine klare Berufung – aber das gilt ebenso für alle anderen Bereiche. Tu das, wozu Gott dich berufen hat!

Rainer Secker

Beisitzer
Landesvorstand
Bayern



³ Seit etlichen Jahren arbeitet er als Berater für Wirtschaftsunternehmen und Politik. Mehr unter <https://lancewallnau.com>

⁴ Unter „Kirche und Religion“ ist nicht nur das Christentum gemeint, sondern Religion im Allgemeinen

Rheinland-Pfalz

Landesparteitag Rheinland-Pfalz

Am Samstag, den 09. Dezember traf sich der Landesverband Rheinland-Pfalz zum Landesparteitag 2023 in Kaiserslautern in den Räumen der „Kirche Mittendrin“. Eingeladen waren alle Mitglieder und Interessenten. Die Versammlung wurde durch den Landesvorsitzenden Andreas Wolff mit einem Gebet eröffnet und geleitet. Erschienen waren neben Mitgliedern auch Gäste und Freunde von Bündnis C sowie die Bundesvorsitzende Karin Heepen.

Da im Landesverband Rheinland-Pfalz in diesem Jahr außer der Vorplanung für die Europawahl keine Wahlen anstanden, wurden nach den üblichen Formalia verschiedene politische Themen behandelt.

Andreas Wolff stellte in seinem Vortrag die Behauptungen gegenüber: Christen haben die besten Voraussetzungen, um Politiker zu werden. Der Staat erfüllt seine Funktion notfalls aber auch ohne Christen. Beide Feststellungen wurden mit entsprechenden Bibelstellen untermauert. Bei der anschließenden lebhaften Diskussion zum Referat wurden die jeweiligen Standpunkte der Anwesenden ausdiskutiert.

In dem darauffolgenden Vortrag von Karin Heepen „Christliche Prinzipien der Demokratie“ ging es um verschiedene sehr gut ausgearbeitete Aspekte wie Herrschaft des Volkes, gemeinsames Wertefundament und Gewaltenteilung. Es wurde Robert Schumann, der Gründervater der Europäischen Union zitiert mit der Warnung: „Demokratie wird entweder christlich sein oder es wird sie nicht mehr geben. Eine anti-christliche Demokratie wird eine Parodie sein, die entweder in Tyrannei oder Anarchie versinkt!“

Fazit: Demokratie ist keine Tyrannei der Mehrheit wie im Hellenismus, sondern Dienerschaft am Menschen, wie es Jesu Gebot vorgibt: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ In einem weiteren Themenblock ging es um christliche Werte wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die auch Ideale der Französischen Revolution waren. Hier wurden die Bedeutungsunterschiede der Begriffe zur Bibel herausgearbeitet.

Zum Abschluss wurden Themen diskutiert wie: „Warum keine Theokratie?“, sittliche Wahrheit und die europäische Einheit mit Bezug auf Ungarn, Polen und Italien.

Als letzter Punkt des Landesparteitages wurde zum verstärkten Sammeln von Unterstützungsunterschriften

ten aufgerufen für die Europawahl 2024. Der Parteitag endete mit Gebet.



Robert Gleich

Stellvertretender
Landesvorsitzender
Rheinland-Pfalz

Hessen

Landesparteitag in Fulda

Am 24.02.2024 hatte der Landesvorstand Hessen zum Landesparteitag eingeladen. Getroffen wurde sich in den schon bekannten Räumen der Jesus-Haus-Gemeinde in Fulda ab 11 Uhr.

Zusammen mit den anwesenden Mitgliedern der Jesus-Haus-Gemeinde wurde mit einem gemeinsamen Mittagessen begonnen. Darauf folgte ein Vortrag von Michael Fischer vom Teen Challenge in Deutschland e. V. Der Titel des Vortrages „Durchhalten, Dranbleiben, Ankommen“ – eigentlich ein zutiefst geistliches Thema – hatte jedoch auch sehr viele wichtige Impulse für die Mitglieder von Bündnis C im Gepäck.



Um ca. 15.00 Uhr wechselten wir in unseren eigenen Raum, wo noch ein straffes Programm zu bewältigen war. Zunächst wurde aus dem Vorstand von Dr. Norbert Höhl und Andrea Rehwald berichtet. Der Bericht schaute noch einmal auf die Landtagswahl in Hessen zurück und die damit trotz Nicht-Teilnahme verbundenen Chancen. Ebenso wurde auf die Europawahl geschaut. Auch 2025 wird ein ausgesprochen spannendes Jahr mit der Bundestagswahl, die aufgrund der mit Händen zu greifenden allgemeinen Unzufriedenheit im Land auch für Bündnis C eine gute Gelegenheit für Straßeneinsätze und Veranstaltungen bietet.

Schatzmeisterin Ute Stähling berichtete über den Kasernenstand und Fortschritte im Bereich Bankzugriff und Onlinebanking. Edith Hoffmeister konnte den Anwesenden von der erfreulichen Mitgliederentwicklung berichten. Der Landesverband Hessen hat nun über 120 Mitglieder, eine Entwicklung, die von allen Anwesenden freudig begrüßt wurde.

Damit war klar, dass nicht nur ein neuer Ersatzdelegierter für den im August 2023 plötzlich verstorbenen Christian Kast nachgewählt werden musste, sondern auch ein weiterer Delegierter und Ersatzdelegierter berufen werden konnten, da die entsprechende Mitgliederzahl erreicht war. Ludwig Grünert wurde vorgeschlagen und zum Delegierten gewählt. Ersatzdelegierte wurden Reinhard Lehmann und Andrea Rehwald.

Zum Schluss des Parteitages wechselten alle Anwesenden für Segnung und Gebet noch einmal in den Gottesdienstraum der Jesus-Haus-Gemeinde. Eine intensive Gebetszeit für Deutschland, Israel, die Welt und Bündnis C schloss den Parteitag um 19.00 Uhr.

Der nächste Parteitag in 2024 wird voraussichtlich Ende September stattfinden und unter anderem die Vorstandswahl zum Inhalt haben.



Andrea
Rehwald

Landesvorsitzende
Hessen

Schleswig-Holstein

Landesparteitag Schleswig-Holstein
am 16.03.2024

Schwerpunkt des Landesparteitages Schleswig-Holstein war die Positionierung zu den Kriegen in unserer Zeit. Interessant war der Bericht eines 93-jährigen Parteimitglieds. Er berichtete, dass er sich an eine Situation als 14-Jähriger erinnern kann. Russische Soldaten standen kurz davor, ihn zusammen mit einer Gruppe anderer Deutscher zu erschießen. Der Kommandant hörte und sah in der Gruppe eine Mutter mit einem weinenden Baby. Vielleicht erinnerte den Soldaten das

Kind an seine eigene Familie. Dieses Kleinkind erreichte das Herz des Kommandanten. Er ließ seine Soldaten abtreten und unser Parteimitglied und die anderen der Gruppe blieben am Leben. Das Baby rettete ihn, so wie Jesus als Baby in die Welt kam, um die Menschen zu retten, und zu ihrem Erlöser wurde.



Die Beteiligten beider Kriegsparteien sind Menschen mit eigenen Familien und Opfer der Machtpolitik. Der große Wunsch unseres Parteimitglieds mit der Erinnerung an den 2. Weltkrieg ist, dass sich Bündnis C für Frieden einsetzt. Wir haben uns als Landesvorstand in Schleswig-Holstein diesem Wunsch angeschlossen, dass es für uns ein gemeinsames Ziel 2024 sein wird, uns für Friedensverhandlungen und Diplomatie zwischen der Ukraine und Russland einzusetzen. Wir wollen mahnend darauf hinweisen, dass es auf beiden Seiten um Soldaten und Soldatinnen mit Familien geht, und alles getan werden muss, um Frieden zu stiften.



Hans Martin
Konzelmann

Landesvorsitzender
Schleswig-Holstein

Niedersachsen

Leserbrief zum Artikel „Papst empfiehlt Kiew
,weiße Fahne“ in der Hannoverschen
Allgemeinen Zeitung vom 11.03.2024

Bei den Aussagen von Politikern und Kirchenvertretern in diesem Artikel musste ich als gebürtiger Niederländer zurückdenken an die April-Tage 1940, als die Niederlande angegriffen wurden von dem vielfach stärkeren Nazi-Deutschland. Nachdem eine Stadt von der deutschen Luftwaffe in Schutt und Asche gelegt war und ein zweiter Bombenangriff angedroht wurde, hat die niederländische Regierung die weiße Fahne gehisst und sich einem terroristischen Regime ausgeliefert. Die schönen Worte der Präsidentin des Evangelischen Kirchentages 2025 „Die Sehnsucht nach Frieden darf nicht dazu führen, dass das Recht des vermeintlich Stärkeren siegt“, sind in jenen schicksalhaften Tagen wohl keinem in den Sinn gekommen. Die Niederländer wollten Schaden und unendliches Leid von ihren Bürgern abwenden. Kein Mensch wollte mit der Kapitulation ausdrücken, dass sie damit einem verbrecherischen Regime eine Legitimation geben.

Man kann dieses Verhalten nicht gutheißen. Man kann eine andere Auffassung von Real-Politik haben. Der Papst ist aber ein selbständig denkender Mensch, der dem christlichen Glauben verpflichtet ist. Wir sollten ihm danken für seinen wertvollen Beitrag im Ringen um Frieden in der Ukraine.

Emil Weigand

Landesschatzmeister
Niedersachsen





Hamburg

Politischer Stammtisch in Hamburg

Am 27. Januar fand in Hamburg Altona, das bis 1864 unter dänischer Herrschaft war, in einem gemütlichen italienischen Restaurant am Spritzenplatz unser Landestreffen statt. Wie sich herausstellte, befanden wir uns gerade hier an einem historischen Ort. Nach mündlichen Überlieferungen hat der Spritzenplatz seinen Namensursprung vermutlich daher, weil man sich dort traf, wenn ein Feuer im Viertel ausbrach.

Aufgrund des Streiks bei der Deutschen Bahn konnten leider nicht alle angemeldeten Mitglieder teilnehmen. So waren wir eine kleine Schar, darunter auch zwei Interessenten. Die Zeit nutzten wir zum regen Austausch, Gebet und dem Beantworten von Fragen der Interessenten. Wir baten Gott, von dem historischen Platz aus, an dem wir uns versammelten, einen Durchbruch für unsere Stadt Hamburg zu bewirken und das Interesse für Bündnis C unter den Christen zu wecken.

Zu Gast war Klaus-Jürgen Pütz, der Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, der am Sonntag, den 28. Januar in einer Gemeinde hier in Hamburg Bündnis C vorstellen durfte. Zwei Gemeindemitglieder waren sehr interessiert und wir würden uns freuen, wenn wir sie demnächst als neue Bündnis C-Mitglieder begrüßen dürfen.

Frischer Wind ist notwendig, damit wir in Hamburg mit voller Kraft starten können.



Sonja
Koschinsky

Hamburg

Vorstellung von Bündnis C in der Living Generation Church Hamburg

Ich hatte am 28. Januar 2023 die Gelegenheit, Bündnis C in der Living Generation Church in Hamburg vorzustellen. Ich zitierte zuerst nach Psalm 110,3: „In heiligem Schmuck, so zahlreich wie der Tau am frühen Morgen, wird zu dir kommen deine junge Mannschaft.“ Ich schaute in die vielen Gesichter und rief ihnen zu: „Gott Vater sieht euch alle in dieser jungen Mannschaft, die Er seinem Sohn versprochen hat. Das ist doch wunderbar, selbst die Erfüllung einer solchen prophetischen Verheißung aus Gott-Vaters Mund zu sein. Ich freue mich, bei euch zu sein.“

Bündnis C und die Europawahl schlossen sich an mit der herzlichen Bitte, durch eine Unterschrift die Wahlzulassung zu unterstützen und mit herbeizuführen. Pastor Rick unterstützte mich mit den Worten: Ja, es ist richtig, biblische Wahrheit und Gerechtigkeit in die Politik zubringen. Er erwähnte auch die Website von Bündnis C, auf der er sich selbst informiert hatte.

Nach dem Gottesdienst kam das Bad in der Menge und das Verteilen der Formulare für die Unterschriften. Plötzlich standen zwei Männer vor mir, die sehr interessiert sind an Bündnis C. Einer von ihnen hat schon Erfahrungen gesammelt in der politischen Arena als Mittler zwischen China, Frankreich und Deutschland in Sachen Müllverbrennungsanlage. Ihr eindeutiges Statement war: Bündnis C gehört nach Epheser 2,10 in die politische Arena. Beide gaben mir ihre Telefonnummern für den weiteren Kontakt.

Klaus-Jürgen
Pütz

Landesvorsitzender
Nordrhein-Westfalen



Besuch in Hamburg bei der internationalen Gemeinde

Nachdem Klaus-Jürgen Pütz bereits die Vorarbeit geleistet hatte, besuchten wir, Ute Büschkens-Schmidt und Manfred Schmidt, gemeinsam mit Sonja Koschinsky am 10.03.2024 den Gottesdienst der Internationalen Gemeinde Living Generation Church in Hamburg. Die Teilnehmer waren wirklich international. Die schätzungsweise 250 bis 300 Teilnehmer kamen aus allen Teilen der Welt. Und so erlebten wir einen für uns außergewöhnlichen Gottesdienst mit viel Musik und lebhaften Gebeten.

Was uns besonders beeindruckt hat, ist, dass die Gemeinde offensichtlich fleißig Missionsarbeit in Hamburg leistet. Es wurden 26 Gäste vorgestellt, die sich „von der Straße“ hatten zum Gottesdienst einladen lassen. Außerdem wurden Angebote zum Kennenlernen des christlichen Glaubens für die Neulinge vorgestellt.

Im Anschluss an den Gottesdienst hatten wir ein Gespräch mit drei Personen aus der Gemeinde, die sich für eine Mitarbeit in Bündnis C interessieren. Ich trug die Ziele von Bündnis C vor – speziell auch für Hamburg. Wir freuen uns, dass wir bereits einen Mitgliedsantrag aus der Gemeinde vorliegen haben, und gehen davon aus, dass die Gründung eines Landesverbandes Hamburg in naher Zukunft erfolgen kann.

Ute Büschkens-Schmidt

Stellvertretende
Bundesvorsitzende



Thüringen

Vorbereitungstreffen zur Gründung des Landesverbandes Thüringen



Am 24.2.2024 fand in Gera ein weiteres Treffen für die Vorbereitung der Gründung eines Landesverbandes in Thüringen statt. Es waren zwei Mitglieder und drei Interessenten anwesend, die viele Fragen hatten und sehr offen für Bündnis C sind.

Gemeinsam wurde besprochen, vor der Europawahl je einen Infostand in Gera und in Sonneberg durchzuführen.

Geplant ist bis Ende des Jahres die Gründung des Landesverbandes Thüringen. Ein weiteres Treffen, wo auch gern Interessenten kommen dürfen, ist am 27.04. geplant. Der Ort wird noch bekannt gegeben.

Verena Thümmel

Beisitzerin
Bundesvorstand



Stellungnahme zur WerteUnion



Wir haben in letzter Zeit mehrere Anfragen zu einer Kooperation mit der WerteUnion erhalten und die Frage im Bundesvorstand beraten.

Wir stimmen als Vorstand darin überein, dass wir als Bündnis C – Christen für Deutschland auf einem anderen Fundament stehen als die WerteUnion. Die WerteUnion ist von ihrer Ausrichtung her konservativ-liberal, nicht christlich. Auch wenn konservative Werte teilweise in christlichen Werten ihren Ursprung haben, sind sie nicht deckungsgleich und den politischen Forderungen angepasst. Vor allem aber sind auch christliche Werte ohne biblisches Fundament für das politische Handeln nur bedingt tragfähig. Sie werden von verschiedenen ideologischen Richtungen selektiv gebraucht, um die eigene Politik zu begründen und häufig inhaltlich anders gefüllt.

Es ist der für uns entscheidende Unterschied, aus welcher Quelle sich unsere politische Arbeit speist. Im Sinne von weiterer Schadensbegrenzung in der aktuellen politischen Entwicklung, wo ehemals christlich fundierte gesellschaftspolitische Positionen abgerissen werden, befürworten wir selbstverständlich politische Forderungen, die sich für deren Erhalt einsetzen. Allerdings lässt das gegenwärtige machtpolitische Agieren links-grüner Parteien gegen jede Opposition vermuten, dass diese Versuche zum Erhalt früherer Grundüberzeugungen mit demokratischen Mitteln und neuen Parteien nicht gelingen werden.

Als christliche Partei sehen wir über politische Mehrheiten und Einflussmöglichkeiten hinaus auf die Zeichen unserer Zeit und was wir dazu in der Bibel finden. Matthäus 24 sagt, dass inmitten von Verführung durch falsche Heilsbringer und von Gesetzlosigkeit die Liebe in vielen erkalten und der Hass um sich greifen wird. Wir erleben, wie Politik und Medien mittels Abgren-

zung und Ausgrenzung gesellschaftliche Gruppen in Deutschland gegeneinander in Stellung bringen. Wir glauben nicht, dass wir als Christen da auf einer Seite mitmachen sollen, sondern eine Gegenkultur zu dieser feindlichen Polarisierung etablieren und Fronten überwinden. Die Wahrheit ist nicht links oder rechts, sondern Jesus Christus.

In Bündnis C – Christen für Deutschland berufen wir uns nicht nur auf christliche und konservative Werte, sondern auf das Wort Gottes als Quelle und Jesus als König. Wo das ehemals christliche Fundament unserer Gesellschaft wegbricht, bricht die Gesellschaft auseinander und das Land wird immer mehr gelähmt. Wir glauben, dass wir in dieser Lähmung Reich-Gottes-Lösungen brauchen für diese Zeit und dass Deutschland auch mit der WerteUnion keine politische Wende erleben wird ohne eine geistliche Wende.

Als Bündnis C stellen wir uns Gott zur Verfügung für eine solche geistliche Erneuerung in der Politik. Deutschland braucht uns als Christen hier und heute als Mitarbeiter der Wahrheit und der Versöhnung. Wir brauchen gesellschaftliche Lösungen aus biblischer Quelle, wo die ideologischen Systeme scheitern. Wir sind als Christen gerufen, uns vorzubereiten, um in Politik und Wirtschaft nach den Maßstäben Gottes zu handeln und Heilung zu bringen.

Aktuell liegt das Gründungsprogramm der WerteUnion vor, das ihre Positionen erst umreißt. Sollte die WerteUnion unsere biblisch begründete Sicht für diese Zeit und ihre Politik teilen, nehmen wir gern Kontakt auf mit dem Vorstand. Ohne diese gemeinsame Basis würden wir unser Fundament und den Auftrag verlassen, den wir für Bündnis C in der kommenden Zeit sehen.

*Der Bundesvorstand Bündnis C –
Christen für Deutschland*

Folgen Sie uns in den Sozialen Medien!



<https://buendnis-c.de/>



<https://t.me/buendnisC>



<https://www.facebook.com/buendnisC>



<https://twitter.com/buendnisC>



<https://www.instagram.com/buendnisC>



<https://www.youtube.com/buendnisC>

Israel im Krieg

Radikalisierung im Palästinensisch-Israelischen Konflikt stoppen

Am 6. Dezember 2023 waren die Europaabgeordneten der ECPM Bert-Jan Ruissen und Cristian Terhes Gastgeber der Konferenz „Stop Radicalisation in the Palestinian-Israeli Conflict“ im Europäischen Parlament. Die Sprecher stellten dar, welche Rolle die EU angesichts der zunehmenden Radikalisierung im Palästinensisch-Israelischen Konflikt übernehmen und wie sie den Import radikaler Einflüsse nach Europa mindern kann. Es wurde dabei einmal mehr deutlich, dass nicht israelische Siedler, sondern die palästinensischen Führungen mit Hass auf Juden und Israel den Konflikt schüren. Bündnis C protestiert gegen die Ankündigung der deutschen Bundesregierung, „extremistischen“ israelischen Siedlern die Einreise nach Deutschland zu verweigern, statt Hamas-Anhängern, von denen eine terroristische Gefährdung Deutschlands ausgeht.

MdEP Cristian Terhes eröffnete die Konferenz, deren ursprüngliche Zielsetzung durch das Hamas-Massaker am 7. Oktober 2023 konterkariert wurde: Wie sollen Wege zum Frieden im Palästinensisch-Israelischen Konflikt möglich sein, wenn unter den palästinensischen Autoritäten Kinder und Jugendliche gelehrt werden, die Juden zu hassen? Die EU finanziert Organisationen im Gaza-Streifen mit 125 Millionen € jährlich, ohne dass jemand weiß, was mit dem Geld passiert.

MdEP Bert-Jan Ruissen ergänzte, dass aufgrund der ideologischen Beeinflussung durch die Hamas und die Palästinensischen Behörden Terroristen sich als Monster verhalten wie im Oktober beim Angriff der Hamas auf israelische Zivilisten. Leider hat die EU auch daraufhin ihre Finanzmittel für Gaza nicht gestoppt und überprüft. Es werden weiter mit europäischem Geld Schulbücher gedruckt, die Juden dämonisieren. Die parlamentarische Gruppe für Israel fordert eine Wende der EU-Politik und nicht weiter den Terror zu unterstützen.

Ehab Hino, Vorsitzender der Israel-Delegation im Europäischen Parlament, bekräftigte, dass Terroristen nicht geboren, sondern erzogen werden. Aktuell ist der wichtigste Punkt, die Hamas kampfunfähig zu machen. Die größere Bedrohung kommt im Norden von der Hisbollah, die die internationale Gemeinschaft wahrneh-

men und entschärfen muss. Egal ob international eine Zwei- Drei-, Ein-Staaten-Lösung oder was auch immer vorgeschlagen wird, sie muss den Realitäten entsprechen. Leo van Doesberg, Direktor der Israel Allies Foundation Europe, ergänzte, dass man nicht über Frieden sprechen braucht, solange der Geist des Hasses die Beziehungen dominiert und die Radikalisierung unter palästinensischer Herrschaft Programm ist.

Sharen Haskel, Co-Vorsitzende des Knesset Christian Allies Caucus, dankte den Gastgebern der Konferenz für ihre Freundschaft und Unterstützung und für ihre Arbeit für Israel im Europäischen Parlament. Sie hatte bereits beim European Prayer Breakfast am selben Tag die Trauer um die etwa 1200 am 7. Oktober getöteten Israelis zum Ausdruck gebracht und das Bangen um die Geiseln in der Gewalt der Hamas. Etwa 30 000 Einwohner in Gaza sind Mitglieder der Hamas und werden von Qatar, dem Iran und der Türkei ausgerüstet. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) baut ihr Regime im Westjordanland ebenfalls auf politischer Indoktrination der Bevölkerung gegen Israel auf und zahlt den Familien von Terroristen Märtyrer-Renten. Sie hat sich nicht vom Hamas-Terror distanziert und die Hamas hat Zulauf in der Westbank.

Haskel führte weiter aus, dass 70 % der Gaza-Bevölkerung seit 70 Jahren als Flüchtlinge in ihrem eigenen Land geführt werden. Das UN-Hilfswerk UNRWA hat den palästinensischen Flüchtlingen einen Sonderstatus gegeben, und es arbeiten heute 30 000 Beschäftigte für 5,9 Millionen Nachkommen palästinensischer Flüchtlinge, die alimentiert werden. Sie haben im Libanon und in Syrien kein Recht, Staatsbürger zu werden oder zu arbeiten. Damit werden seit Generationen den Menschen Lebenschancen genommen, der palästinensische Opferstatus gepflegt und Radikalisierung der palästinensischen Bevölkerung durch UNRWA betrieben. Das UN-Hilfswerk muss nach dem jetzigen Krieg endlich aufgelöst werden, um die Finanzierung des Hasses gegen Israel durch die EU und Deutschland einzustellen.

Nigel Goodrich, CEO der International Movement for Peace & Coexistence, erinnerte daran, dass die PA und Fatah das Massaker der Hamas als Heroismus bezeichnet haben, als einen „Morgen des Sieges, der



Freude und des Stolzes“. 75 % der palästinensischen Bevölkerung unterstützen die Hamas und immer weniger die gemäßigttere PA - als Resultat von Jahrzehnten der Entmenschlichung und Delegitimierung der Juden und der Terrorunterstützung gegen Israel. Laut der Propaganda von PA und Fatah wollten Europa und die USA die Juden loswerden und haben sie deshalb in Israel angesiedelt, was den Palästinensern die Legitimation gibt, sie in „ihrem“ Land zu bekämpfen. Es ist die Verantwortung der EU, die Finanzierung von deren Terrorstrukturen zu beenden.

Erik von den Berg, Direktor des Imelda Instituts Molenbeek, legte den Fokus nochmals auf den Bildungskontext, wo Radikalisierung stattfindet und gestoppt werden muss. Es ist möglich, dass Juden, Muslime und Christen friedlich zusammenleben, wie zahlreiche Projekte zeigen.

Die Konferenz machte den Kontrapunkt deutlich zur Ankündigung der deutschen Bundesregierung, extremistischen israelischen Siedlern die Einreise nach Deutschland verweigern zu wollen und dies auch im EU-Außenrat zu vertreten. Was für willkürliche Kriterien für Extremismus legt die Bundesregierung hier an? Welche Siedler wollen überhaupt nach Deutschland? Gibt es eine Verlautbarung der Bundesregierung, Hamas-Anhängern die Einreise nach Deutschland zu verweigern, die im Gegensatz zu israelischen Siedlern eine terroristische Gefährdung für Deutschland sind? Bündnis C fordert die Bundesregierung auf, Maßnahmen zur tatsächlichen Gefahrenlage für Deutschland zu ergreifen und die sekundären Auseinandersetzungen mit Siedlern in Judäa und Samaria der israelischen Regierung zu überlassen.

Keine Zwei-Staaten-Lösung!

Von den USA und der EU wird immer mehr Druck auf Israel ausgeübt, den Widerstand gegen eine Zwei-Staaten-Lösung aufzugeben, die von palästinensischer Seite genauso abgelehnt wird. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) hat die Massaker der Hamas an israelischen Bürgern am 7. Oktober nie verurteilt. Über 80 % der arabischen Bevölkerung im Westjordanland und fast 60 % in Gaza befürworteten den Terrorangriff auf Israel und erwarten, dass die Hamas im Gazastreifen weiter herrscht. Wer unter diesen Vorzeichen die Illusion einer Zwei-Staaten-Lösung weiter pflegt, soll die Garantie und die Aufsicht über einen zukünftigen palästinensischen Staat übernehmen und dafür sorgen, dass dieser entmilitarisiert wird und bleibt. Dafür muss er gleichzeitig den Iran ausschalten als Drahtzieher des Terrors gegen Israel. Ist Deutschland dazu bereit?

Mit dem Oslo-Friedensprozess haben sich die EU und die USA auf eine Zwei-Staaten-Lösung versteift, die über 30 Jahre gescheitert ist. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) verpflichtete sich 1993 mit den Oslo-Abkommen, aus ihrer Charta alle Passagen zu streichen, die die Vernichtung Israels zum Ziel haben. Während die Knesset das Abkommen innerhalb einer Woche ratifizierte, ist eine Ratifizierung durch die PLO bis heute nicht erfolgt. Ein palästinensischer Staat, der in Frieden Seite an Seite mit Israel lebt, blieb eine Illusion des Westens, die die Realitäten des Nahost-Konflikts ignoriert: Die Hamas und die PLO wollen keine friedliche Koexistenz mit Israel, sondern den jü-

dischen Staat auslöschen. Es gibt keinerlei palästinensische Repräsentanz, die Israel anerkennen würde.

Indem der Westen davor die Augen verschließt, hat er nicht nur die Vernichtungsabsichten gegen Israel mitfinanziert. Dass die USA und die EU in der jetzigen akuten Bedrohung Israels die Forderung nach einer Zwei-Staaten-Lösung erneut forcieren, ist kein Friedensplan, sondern ein potenzieller Vernichtungsplan für Israel. Er zielt durchsichtig auf die Eliminierung der israelischen Regierung ab, die den Krieg gegen die Hamas für die Sicherheit Israels führt. Ungeachtet der Frage, wieso sich die Weltöffentlichkeit in den Nahostkonflikt einmischt wie in keinen anderen Krisenherd dieser Welt, richten sich deren Forderungen nicht an die Hamas und die PA, die Waffen niederzulegen, sondern an Israel, sich der unkontrollierten Aggression eines palästinensischen Nachbarstaates auszuliefern.

Wir unterstützen Außenministerin Baerbocks Werben für Friedensverträge der arabischen Nachbarn mit Israel. Für einen Friedensvertrag mit den Palästinensern in Gaza und dem Westjordanland und einen palästinensischen Staat, der friedlich an der Seite Israels lebt, fehlt jedoch nicht erst seit dem 7. Oktober jegliche realistische Grundlage. Mit den erneut erhobenen Forderungen erleben wir die Zuspitzung der Bedrohung Israels von allen Seiten, die uns die Voraussagen in Joel 4,1-2 vor Augen führen: *„Denn seht, in jenen Tagen, in jener Zeit, wenn ich das Geschick Judas und Jerusalems wende, versammle ich alle Völker und führe sie hinab zum Tal Joschafat; dort streite ich im Gericht mit ihnen um Israel, mein Volk und meinen Erbesitz. Denn sie haben es unter die Völker zerstreut und mein Land aufgeteilt.“*

Wer Judäa und Samaria (genannt Westjordanland) von Israel abspalten will, teilt biblisches Kernland und bringt sich damit selbst unter Gericht. Über 500 000 israelische Siedler werden Judäa und Samaria weder verlassen noch ungeschützt in einem palästinensischen Staat leben. Bündnis C warnt die Bundesregierung eindrücklich vor einer Forcierung und einseitigen Anerkennung eines palästinensischen Staates, wie sie vonseiten Großbritanniens und der USA ins Spiel gebracht wird.

Wenn Deutschland und die EU außerdem ihre Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Iran fortsetzen, dienen sie sich der von Teheran geknüpften „Achse des Widerstands“ gegen Israel an, die bis nach Russland reicht. Auch hier ist die Warnung der Bibel eindeutig: *„Wer euch antastet, Israel, der tastet seinen Augapfel an.“* (Sacharja 2,12) und wird blind für die

Wahrheit. Selbst wenn die Hamas zerschlagen ist, bleibt der Iran mit seinen Proxies die größere Bedrohung für Israel. Deutschland ist ungeachtet der aggressiven Innen- und Außenpolitik des Iran nach wie vor sein wichtigster EU-Handelspartner. Die feministische Außenpolitik Baerbocks fand ihr Ende bei den Frauen. Freiheit-Aufständen gegen das Mullah-Regime mit halbherzigen Sanktionen statt Unterstützung der Bewegung.

Eine Zwei-Staaten-Lösung ist nicht nur naiv und ohne Israel und die palästinensische Seite nicht zu machen. Statt weiter irrige Planspiele zu bedienen, müssen zuerst deutsche und europäische Finanzhilfen für palästinensische Gebiete von der Erfüllung der eigenen Grundwerte wie Rechtsstaatlichkeit, gleiche Rechte für alle Bürger einschließlich Juden und der Normalisierung der Beziehungen zu Israel abhängig gemacht werden, die Voraussetzung für eine Friedenslösung wären.

Die Berufung Deutschlands ist, an der Seite Israels zu stehen in Krieg und Bedrohung, Isolation und Diffamierung, wo die Welt sich gegen den Staat Israel wendet und Juden mit Hass überzieht. Maßstab für unser Handeln ist das Handeln Gottes an Seinem auserwählten Volk und den von islamistischen Regimen zerrütteten Nachbarvölkern, das keine Macht der Welt vereiteln wird. Nicht mit zwei Staaten nach westlichem Kalkül, sondern wo die arabischen Völker sich dem Friedefürsten zuwenden, wird Frieden sein: *„An jenem Tag wird es eine Straße von Ägypten nach Assur geben, sodass Assur nach Ägypten und Ägypten nach Assur kommt. [...] An jenem Tag wird Israel neben Ägypten und Assur der Dritte sein, ein Segen inmitten der Erde. Denn der HERR der Heerscharen hat es gesegnet, indem er sprach: Gesegnet ist mein Volk, Ägypten, und das Werk meiner Hände, Assur, und mein Erbesitz, Israel!“* (Jesaja 19,23-25)



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Bauernproteste: Die Versorgung der Bevölkerung sichern

Landwirte und Speditionen protestieren in dieser Woche bundesweit und die Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL) hat von Mittwoch bis Freitag erneut zum Streik aufgerufen. Während erstere in ihrer Existenz gefährdet sind und damit die Versorgung der Bevölkerung, nimmt die GDL die Bevölkerung für maßlose Forderungen in Haft. Bündnis C unterstützt die Forderungen der Bauern und der Transportunternehmen an die Bundesregierung und erteilt den Forderungen der GDL eine Absage.

Bauern und Landwirte protestieren bundesweit gegen die Streichung der Steuervergünstigungen für Agrardiesel und der Kfz-Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge. Die Streichungen wurden mittlerweile von der Bundesregierung teilweise zurückgenommen. Zusammen mit den bereits bestehenden, ausufernden Restriktionen und einer insgesamt gescheiterten Preispolitik gefährden sie dennoch grundständig die Landwirtschaft in Deutschland. Wer die Bauern abschafft, gefährdet die Versorgung der Bevölkerung. Wo Höfe sterben, kaufen Investoren die Flächen auf. Es ist angesichts zunehmender internationaler Spannungen und Kriege unverantwortlich, das Land von Lebensmittelimporten abhängig zu machen. Bündnis C unterstützt die Bauern, die meist als Familienbetriebe seit Generationen das Land bewirtschaften und mit überdurchschnittlichem Arbeitseinsatz hochwertige Lebensmittel liefern. Den Landwirten gebührt statt Gängelung und Verunglimpfung Anerkennung ihrer Arbeit

und wie sie unter Achtung der Natur und des Tierwohls wirtschaften. Dazu gehören auskömmliche Preise für Lebensmittel und dass diese nicht von Discounterketten unterdrückt werden, damit die Landwirtschaft von Subventionen unabhängig wird. Wir fordern die Beibehaltung der Steuervergünstigungen und keine neuen Vorschriften wie die EU-Richtlinie zur Emissionsreduzierung, damit die Bauern wettbewerbsfähig bleiben.

Gleichzeitig ruft der Güterverkehr zu Protesten auf gegen die erhöhte LKW-Maut und CO2-Abgabe auf Diesel. Auch das Hotel- und Gaststättengewerbe und Handwerksbetriebe wollen sich beteiligen. Bei den Bauern und Speditionen handelt es um private Unternehmer, die von immer neuen staatlichen Abgaben und Auflagen stranguliert werden, obwohl sie trotz Fachkräftemangels unter hohem Einsatz die Versorgung in Deutschland aufrechterhalten. Die Forderungen der Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL) bewegen sich dagegen in einer völlig anderen Kategorie: Von einer 35-Stunden-Woche und einer Gehaltserhöhung von 12 % (Monatslohn plus 555 € plus einmalig 3000 €) können nicht nur die Bauern und LKW-Fahrer, sondern die meisten Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe nur träumen. Die GDL versagt der Bevölkerung mit ihren Streiks nicht nur den Beförderungsauftrag, sondern nimmt sie doppelt in Haftung. Denn die Forderungen an den Staatskonzern Bahn zahlen am Ende nicht nur die Kunden, sondern der Steuerzahler mit Milliardensubventionen.

Vor diesem Hintergrund sind auch die im Dezember angekündigten Millionen-Boni für den Bahnvorstand nicht zu rechtfertigen, vor allem nicht angesichts weit verfehelter Ziele bei Pünktlichkeit und Kundenzufriedenheit. Mit der Ablehnung der GDL-Streiks entlassen wir die Bahn nicht aus ihrer Verpflichtung, den durch Missmanagement entstandenen Investitionsstau zu beheben und statt für Manager-Boni für ihre Mitarbeiter zu sorgen, gegen die sich der Unmut der Kunden im desolaten Betrieb der Bahn regelmäßig entlädt. Hier ist die Bahn als Staatskonzern genauso in der Pflicht wie die Bundesregierung gegenüber den Bauern und Speditionen, für praktikable und lebensdienliche Arbeitsbedingungen zu sorgen und damit die Versorgung des Landes sicherzustellen.

Pressemitteilung 10.01.2024



Großdemos, Streiks und neue Parteien: Die Ampel auf Rot schalten und den Diskurs suchen!

Nach der Protestwoche der Bauern gibt es Demonstrationen gegen rechts. Die Gewerkschaft der Lokführer (GDL) legt zum zweiten Mal in zwei Wochen tagelang den Bahnverkehr lahm, und die Ampel-Regierung setzt unbeirrt ihren Kurs fort. Währenddessen gründen sich neue Parteien, die den Zug Deutschlands wenden wollen. Bündnis C ruft zum Diskurs mit dem politischen Gegner. Was Deutschland eint, sind die christlich fundierten Prinzipien, die es erfolgreich, human und frei gemacht haben.

Proteste, Streiks und Eskalation der Polarisierung durch Politik und Medien fördern in Deutschland zu Beginn dieses Jahres zutage, was sich über lange Zeit aufgestaut hat. Einer ideologisch motivierten Politik in Nichtverantwortung vor Gott und der Bevölkerung folgt das Chaos, im Natürlichen im Schneechaos der letzten Woche exponiert.

Während das Wetter winterlicher Normalfall ist, ist die politische Eskalation hausgemacht und der Grund für einen massiven Vertrauensverlust in die Politik. Neue Steuern, höhere CO2-Preise, die Heizöl, Gas, Sprit und Strom verteuern, sollen Milliardenlöcher im Haushalt stopfen. Die Deutschen sind kein revolutionäres Volk. Aber wer nicht die Brille der aktuellen Regierung trägt, will den ins Schleudern geratenden Zug nicht einfach weiter durchwinken mit allem, was dabei im Persönlichen und für unser Land auf der Strecke bleibt.

Deutschland überfährt seit Jahren Stoppschilder, die Gefahr anzeigen, Warnungen von Fachleuten, der Wirtschaft und aus dem Ausland, gefährliche Schwachstellen in der Infrastruktur und in der Energieversorgung und meint gleichzeitig, weiter Wohltaten verteilen zu können.

Wenn diese Geisterfahrt den ICE Deutschland nicht aus dem Gleis werfen soll, muss die Ampel auf Rot schalten und eine Politik stoppen, die ungeachtet der bröckelnden Ressourcen ihre Agenda mit immer neuen Auflagen befeuert. Zu glauben, dass man mit Demonstrationen gegen rechts die Warnsignale ausschalten und die Kritiker vom Gleis fegen kann, ist blind. Die Parteigründungen von Sahra Wagenknecht und der WerteUnion sollten endlich Anstoß sein, sich inhaltlich anderen Positionen zu stellen, statt die AfD verbieten zu wollen. Deren Wähler gehören zum Souverän, die kann man nicht verbieten. Wer gar aufruft, sie zu töten, wie ein Antifa-Banner in Aachen, bereitet Terror den Weg.

Deutschland kann aus der Blockade kommen, wenn die Regierenden mit den politischen Gegnern reden, statt sie zu delegitimieren. Bündnis C ruft die Bundesregierung auf, die Proteste und mahnende Stimmen ernst zu nehmen und den offenen Diskurs zu suchen. Die Erschütterungen, durch die Deutschland zu Beginn dieses Jahres geht, können der Anfang eines versöhnlichen Selbstverständnisses werden, das Eigenverantwortung, Kreativität und Tatkraft und damit Zukunft und Hoffnung freisetzt. Wo die Agenda der Regierung scheitert, gibt es Lösungen für Deutschland, die es wieder stabilisieren und auf einen Weg der Erholung führen können. Daran arbeiten Unternehmer und Wissenschaftler, Visionäre in Politik und Gesellschaft in Deutschland und Europa. Wir rufen zur Umkehr zu den christlich fundierten Prinzipien, die Deutschland einst geeint, erfolgreich und frei gemacht haben, zu Christus, der das gespaltene Land heilen will. Eine politische Wende wird es nur aus einer geistlichen Wende in Deutschland geben.

Pressemitteilung 25.01.2024



Leben schützen: Keine Spirale des Todes in Europa!



Nachdem das französische Parlament die Freiheit zum Schwangerschaftsabbruch als Grundrecht in der Verfassung beschlossen hat, legt Präsident Macron mit Plänen zur Legalisierung von Sterbehilfe nach. Mit sprachlichen Täuschungen wird eine Spirale des Todes in der Tradition der Französischen Revolution als Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verpackt. Bündnis C steht gegen alle Bestrebungen, ein Recht auf Abtreibung oder Sterbehilfe in Europa aufzurichten.

Frankreichs Parlament hat mit großer Mehrheit die „garantierte Freiheit zum Schwangerschaftsabbruch“ in der Verfassung verankert und damit zum Grundrecht erklärt. Frankreich will mit diesem Vorstoß als erstes Land weltweit ein Vorbild der Stärkung von Frauenrechten sein. Präsident Macron setzte am Weltfrauentag am 8. März in einer öffentlichen Zeremonie seine Unterschrift unter die Verfassungsänderung. Als „universelle Botschaft“ will er als nächstes diese „Freiheit“ in die Grundrechtecharta der EU einschreiben lassen, wie bereits im Januar 2022 vorgeschlagen.

Unmittelbar danach stellte Macron seine Pläne zur Legalisierung von Sterbehilfe vor und nennt sie ein „Gesetz der Brüderlichkeit“, damit Schwerkranke nicht ins Ausland reisen müssen, um ihr Leben zu beenden. Widerstand kommt von den Religionsgemeinschaften und vonseiten der Ärzteschaft, die sich dagegen wehrt, gegen ihr Gewissen aktive Sterbehilfe leisten zu müs-

sen. Und dass die Gelder, die in die Suizidbeihilfe fließen, in der Palliativmedizin fehlen werden.

Was Präsident Macron mit der Freiheit zur Abtreibung „Frankreichs Stolz“ nennt, bringt weder seinem Land noch Frauen Freiheit, sondern manifestiert eine Kultur des Todes. Es gibt keine Freiheit, menschliches Leben zu töten. Gleichheit gilt für die Würde jedes Menschen, die auch ungeborene Kinder und Alte einschließt. Und Hilfe zum Sterben hat nichts mit Brüderlichkeit zu tun, sondern ist das Ende der Brüderlichkeit, wie sie als Herzstück der christlichen Ethik jedem Menschen, auch unheilbar Kranken gilt. Macron schließt damit an den säkularen Kahlschlag der Französischen Revolution an, wo auch nur die in Gleichheit und Brüderlichkeit eingeschlossen wurden, die den Jakobinern genehm waren. Und die propagierte Freiheit von den Geboten Gottes wurde zur Guillotine für die, die sich dieser „Freiheit“ nicht beugten.

Bündnis C fordert die deutsche Bundesregierung auf, allen Bestrebungen zu wehren, Abtreibung in der Grundrechtecharta der EU zu verankern, und jeglicher Legalisierung von Sterbehilfe entgegenzutreten. Wir setzen uns für eine Politik zugunsten einer reproduktiven Kultur ein und dass Menschen Hilfe zum Leben statt zum Sterben bekommen.

Pressemitteilung 21.03.2024

Demokratie und Reich Gottes

„Demokratie wird entweder christlich sein oder es wird sie nicht mehr geben. Eine anti-christliche Demokratie wird eine Parodie sein, die entweder in Tyrannei oder Anarchie versinkt.“¹

Robert Schuman, Gründervater der Europäischen Union, verortet in dieser schon oft zitierten Warnung die Funktionsfähigkeit von Demokratie in der christlichen Weltsicht. Hat er übertrieben? Was ist das christliche Prinzip der Demokratie und warum kann sie die Voraussetzungen nicht selbst schaffen, von denen sie lebt?

Ausgehend vom christlichen Menschen- und Weltbild schlagen wir einen Bogen zu den Ursprüngen der Christdemokratie über deren staatstragende Rolle im Nachkriegseuropa bis zum Abbruch ihrer christlichen Fundamente im 21. Jahrhundert. Eine politische Wende der anti-demokratischen Entwicklungen braucht eine geistliche Wende.

Christliches Menschen- und Weltbild

Was sind die wesentlichen Merkmale des häufig strazierten christlichen Menschenbildes?

- Der Mensch ist nach dem Bild Gottes geschaffen ist, hat von Ihm her eine unveräußerliche Würde, einzigartige Gaben und eine persönliche Berufung. Er ist nicht nur Humankapital oder Arbeitskraft.
- Wir sind Beziehungswesen, auf Gott und unsere Mitmenschen hin geschaffen, angewiesen auf Ergänzung und in Verantwortung gestellt. Wir sind weder autonom wie im Liberalismus noch Rädchen in einem Machtsystem wie im Sozialismus.
- Ohne Gott ist der Mensch zum Guten nicht umfassend fähig, sondern verführbar, gebrochen und zu Herrschsucht neigend. Deshalb müssen Macht und das Böse generell von einem Rechtsstaat begrenzt werden.

Im christlichen Weltbild hat die Geschichte Gottes mit den Menschen Anfang und Ende – von der Schöpfung bis zur Wiederkunft Jesu. Sie ist nicht entgrenzt wie in der Evolutionslehre, sondern lässt uns die Geschichte aus dem Handeln Gottes an den Menschen verstehen. Wir sind als Haushalter berufen, die Erde zu bebauen,

die Schöpfung zu nutzen und zu pflegen. Wir sind nicht verantwortlich für die Ewigkeit, den Planeten zu retten oder das Paradies auf Erden zu errichten, sondern im Hier und Heute das Beste für das Land zu suchen. Das Zusammenleben hat sich im christlichen Abendland an der christlichen Ethik und in ihrer Beziehungsgestaltung am Vorbild des Leibes Christi orientiert. Die Kirche soll nicht Spiegelbild der Gesellschaft sein, sondern die Gesellschaft Spiegelbild der Kirche Jesu Christi.

Christliche Ethik und Werte

Die ebenfalls oft reklamierten christlichen Werte wurden aus der biblischen Ethik abgeleitet, um das Zusammenleben in Politik und Gesellschaft zu gestalten. Hier eine Auswahl ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

- Heiligkeit des Lebens: Es ist von Gott geschaffen.
- Menschenwürde: Wir sind Geschöpfe nach Seinem Bild.
- Sorge für die Schöpfung: Sie ist uns von Gott anvertraut.
- Relationales Denken: Wir sind in Beziehung geschaffen und berufen.
- Ehe und Familie: Der Ursprung aller Beziehungen in der Gesellschaft.
- Haushalterschaft: Mit dem anvertrauten Gut dienen.
- Gemeinwohl: Zusammenwirken zum Besten für alle.
- Gerechtigkeit: Recht und soziale Gerechtigkeit.
- Armutsbekämpfung: Wohlstand soll sozialen Ausgleich schaffen.
- Subsidiarität: Eigenverantwortung steht vor Hilfe der Gemeinschaft.
- Solidarität: Alles, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch.
- Mitgefühl: Antrieb zur Sozialverantwortung.
- Ehrlichkeit: Die Voraussetzung für Vertrauen.
- Transparenz: Gegen Korruption und Machtmissbrauch.
- Freiheit: Niemand soll über andere herrschen.
- Verantwortung: Wir sind nicht uns selbst, sondern einander der Nächste.
- Souveränität: Wir sind zuerst Gott verantwortlich.
- Frieden: Selig sind, die Frieden stiften (Mt 5,9).

¹ Robert Schuman, For Europe (Foundation Robert Schuman, 2010), S. 30



Umsetzung in der Christlichen Demokratie

In Heft 24 – 2022/2 haben wir die Ursprünge der Christdemokratie ausführlich dargelegt.² Zur Erinnerung:

1848 war Karl Marx' „Kommunistisches Manifest“ erschienen. Die Arbeiterfrage trat in den Vordergrund der gesellschaftlichen Debatten und wurde von den widerstreitenden Ideen des Sozialismus und des Liberalismus dominiert. In den sozialen und ideologischen Verwerfungen wurde den Christen klar, dass ein neues Paradigma nötig war und sie zur Schaffung eines auf christlichen Werten basierenden Gesellschaftsmodells beitragen müssten.

1891 veröffentlichte Papst Leo XIII. das erste päpstliche Rundschreiben zur Arbeiterfrage, die Sozialenzyklika RERUM NOVARUM³. Sie enthält eine Vision für den Wiederaufbau der sozialen Ordnung nach dem Naturrecht, basierend auf biblischen Maßstäben. Die Lehre von RERUM NOVARUM wurde zum grundlegenden Dokument der Katholischen Soziallehre und als „katholischer Mittelweg“ zwischen Sozialismus und Liberalismus bekannt – in dem Bewusstsein, dass ohne die Kirche und die verändernde Kraft des christlichen Glaubens es keinen Ausweg aus den ideologischen Irrwegen und der Polarisierung der Fronten gibt. Sie wurde zur Initialzündung für die Herausbildung der Christdemokratie in vielen Teilen der Welt.

In Deutschland hatte sich bereits 1870 aus dem politischen Katholizismus heraus die Zentrumsparterie gegründet. Sie stellte in der Weimarer Republik (1918 – 1933) die meisten Reichskanzler. Die erste demokratische Verfassung des Deutschen Reichs war aber vom Widerstreit von Sozialdemokratie und Liberalismus geprägt. Reichspräsident Friedrich Ebert proklamierte die Freiheit des deutschen Volkes von jeder Bevormundung, Tradition und konfessionellen Beein-

flussung. Das selbstbestimmte Individuum sollte von jeder Autorität und moralischem Korsett befreit werden, damit sich die Demokratie entfalten kann. Besonders die „Zwangsfamilie“ als systemerhaltende Reproduktionsstätte von Unfreiheit musste zerschlagen werden, um die Gesellschaft zu transformieren. Das deutsche Volk sollte damit zum freiesten der Erde werden und die deutsche Republik die demokratischste der Welt. Sie endete 1933 mit der Machtübernahme Hitlers.

Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs gründeten christlich verwurzelte Politiker wie Konrad Adenauer in Deutschland konfessionsübergreifend die CDU und die Christdemokratie wurde im Nachkriegsdeutschland zur am stärksten staatstragenden Kraft. Die Forderungen der Katholischen Soziallehre nach gerechtem Lohn, menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, der gerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie sozialer Partnerschaft flossen in die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft ein. In vielen Ländern Europas wurden christdemokratische Parteien gegründet und Politiker in aller Welt entwickelten einen christdemokratischen Weg jenseits von Liberalismus und Kommunismus.

Demokratie als christliches Prinzip

Nach christlichem Verständnis und der Zerstörung, die totalitäre Regime im Europa des 20. Jahrhunderts angerichtet hatten, ist Demokratie keine Tyrannei der Mehrheit wie im Hellenismus oder wie im demokratischen Sozialismus die Herrschaft der Arbeiterklasse, sondern demokratische Beteiligung aller und Dienerschaft am Mitmenschen. Im Gegensatz zu einem Obrigkeitsstaat braucht Demokratie eine Debattenkultur und dafür ein gemeinsames Wertefundament. Die Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative dient der Kontrolle und Begrenzung von Macht.

Das übergeordnete Gebot Jesu „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ (Galater 5,4) - als Zusammenfassung aller lebensdienlichen Gebote für das menschliche Zusammenleben - bedeutet als demokratisches Prinzip auf Politik und Nationen angewandt:

- Der Staat schützt die persönliche Freiheit und die Rechte des Individuums als Achtung der gottgegebenen Würde jedes Menschen. Dabei ist Freiheit nicht wie in der Französischen Revolution vor allem eine Freiheit von etwas (von Gott und der Monarchie), sondern Freiheit zur Verantwortung vor Gott und Menschen.

² Christdemokratie und Relationales Denken. EINDRUCK Nr. 24 – 2022/2, S. 6ff.

³ [http://www.kathpedia.com/index.php?title=Rerum_novarum_\(Wortlaut\)](http://www.kathpedia.com/index.php?title=Rerum_novarum_(Wortlaut))

- Alle Menschen sind gleich in ihrer Würde und vor dem Gesetz. Ihre unterschiedlichen Begabungen, Besitz und Berufungen dienen im Zusammenspiel dem Gemeinwohl.
- Brüderliche Liebe ist das Herzstück der christlichen Ethik für die Gestaltung aller Beziehungen.
- Vergebung, Versöhnung und Solidarität bereiten Wege zu gesellschaftlichem Frieden und zwischen Nationen.
- Subsidiarität nimmt als Gesellschaftsprinzip den Einzelnen, die Familie, die Kommune, Region, Nation in ihre jeweilige Verantwortung und begrenzt die Macht des Staates. Die übergeordnete Ebene unterstützt, wo die eigenen Ressourcen nicht ausreichen.
- Der Staat schafft die Voraussetzungen für die Gewährleistung der grundlegenden Menschenrechte wie Nahrung, Unterkunft, Kleidung, Ausbildung und Beziehungen.
- Die Familie als häusliche Gemeinschaft geht jedem anderen Gemeinwesen voraus und hat unabhängig vom Staat ihr innewohnende Rechte und Pflichten.
- Das persönliche Besitzrecht und das Eigentum von Familien besteht als Naturrecht lange vor dem Staat und darf nicht von diesem vereinnahmt werden.
- Der Schutz des Privateigentums gewährleistet ein friedliches Zusammenleben (2Mose 20,17).
- Weltanschauliche Neutralität des Staates gewährleistet Toleranz für unterschiedliche Glaubensüberzeugungen und bindet sie fruchtbringend in die Zivilgesellschaft ein. Neutral heißt nicht säkular und privilegiert keinen Unglauben.

Die biblischen Voraussetzungen stützen die Säulen eines demokratischen Staatswesens: Rechtsstaatlichkeit geht auf die Gesetze der Torah zurück, das Recht steht über der Macht. Gerechtigkeit ist Durchsetzung des Rechts wie auch soziale Gerechtigkeit. Solidarität resultiert aus Nächstenliebe, Zugehörigkeit und Verbundenheit. Und als Verwalter für die Gesellschaft und die Schöpfung sind wir Gott rechenschaftspflichtig.

Das Ende der (Christ-)Demokratie?

Es waren diese christlichen Grundlagen, die Europa erfolgreich, human und frei gemacht haben. Dieses Fundament ist heute am Wegbrechen und damit die Gesellschaft am Auseinanderbrechen. Ernst-Wolfgang Böckenförde, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht, hatte offenbar recht mit seinem bekannten Dilemma: „*Der freiheitliche, säkularisierte Staat*

lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“⁴ Die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, muss sich von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft regulieren. Wenn diese Substanz erodiert und der Staat versucht, die inneren Regulierungskräfte durch Rechtszwang zu garantieren, gibt er seine Freiheitlichkeit auf und wird totalitär.

Es war das christliche Fundament der europäischen Kultur, aus dem die moralische Substanz des einzelnen und eine weitgehende Homogenität der Grundwerte eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft ermöglicht und reguliert hat. Die Freiheit von den Geboten Gottes hingegen, die ein säkularer Staat propagiert, kann dieser moralisch nicht füllen und erst recht nicht die Gesellschaft darin einen. Sie mündet zwangsläufig in Regierungen, die mittels Rechtszwang versuchen, den selbstgesetzten, ideologischen Totalitätsanspruch durchzusetzen.

Wir erleben, wie Politik und Medien mittels Abgrenzung und Ausgrenzung gesellschaftliche Gruppen in Deutschland gegeneinander in Stellung bringen, statt sie für demokratische Prozesse gewinnbringend zu beteiligen. Im Windschatten der Demonstrationen gegen rechts legten das Innen- und das Familienministerium das bereits 2022 vom Kabinett beschlossene „Demokratiefördergesetz“ im Februar 2024 in verschärfter Form neu auf. Mit Melde- und Kontrollinstanzen und viel Geld für politisch linke Vorfeldorganisationen fokussiert es fast ausschließlich auf Rechtsextremismus. Damit dient es dem eigenen Machterhalt, aber nicht der Demokratie. Legitime Regierungskritik und Meinungsäußerungen ohne strafrechtliche Relevanz dürfen nicht als rechtsextremistisch verfolgt und kriminalisiert werden. Mit dieser feindlichen Polarisierung ideologischer Fronten wird ein Umsteuern der Politik mit demokratischen Mitteln zunehmend unmöglich gemacht. Man kann Parteien verbieten, aber nicht deren Wähler. Damit rettet man nicht die Demokratie, sondern stellt sie zur Disposition.

Reich Gottes jenseits der Demokratie

Ausweg aus der Eskalation wäre ein offener Diskurs, statt den politischen Gegner zu delegitimieren. Dazu ist immer weniger Bereitschaft zu erkennen. Neue Initiativen und Parteien versuchen, den demokratischen

⁴ Ernst Wolfgang Böckenförde, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation. In: Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte. Suhrkamp, Frankfurt 1991, S. 112

Charakter unserer Gesellschaft zu erhalten, kennen jedoch die christlichen Grundlagen nicht mehr oder meinen, darauf verzichten zu können. Das wird nicht gelingen. Das christliche Abendland, Rechtsstaat und Demokratie sind nicht länger ohne Christus und von Ihm geprägte Menschen zu haben.

Als Christen haben wir in der aktuellen Zuspitzung zwei maßgebliche Aufgaben:

1. Uns der Spaltung zu verweigern und mit jedem Menschen zu reden. Das gebietet die gottgegebene Würde jedes Menschen, egal was er denkt oder tut. Als Christen sind wir sogar aufgefordert, unsere Feinde zu lieben. Das muss in einem demokratischen System erst recht für den politischen Gegner gelten, statt ihn zum Feindbild zu machen.
2. Die Trennung von Person und Sache. Die fromme Tugend, „den Sünder zu lieben und die Sünde zu hassen“ heißt: klar in der Sache, ohne die Person anzugreifen. Klar in der Sache heißt nicht, den politischen Gegner klar zu verteufeln, sondern politische Inhalte an der Wahrheit der Bibel zu messen und in die Diskussion zu bringen.

Wir haben in dieser Zeit einen radikalen Auftrag, nämlich radikal zu lieben, wo radikale Kräfte das Land zerreißt. Die Bibel sagt uns in Matthäus 24, dass inmitten von Verführung durch falsche Heilsbringer und von Gesetzlosigkeit die Liebe in vielen erkalten und der Hass um sich greifen wird. Dazu sollen wir die Gegenkultur etablieren, auch und gerade in der Politik, um Fronten zu überwinden.

Reich Gottes ist nicht demokratisch. Es basiert nicht auf Mehrheitsmeinungen, sondern Wahrheit und Liebe und manifestiert sich in Beziehungen nach dem Vorbild des Leibes Christi (Eph 4,15f). Diese Beziehungen sind keine Prinzipien, mit denen Macht über unlieb-same politische Gegner ausgeübt oder eine Theokratie errichtet wird, sondern Quelle für eine vitale Gesellschaft. Individualismus und Kollektivismus sind darin aufgehoben. Das Individuum ist weder autonome Selbstverwirklichung wie im Liberalismus noch Mittel zum Zweck für die Ziele einer Regierung wie im Sozialismus. Sondern der Einzelne mit seinen Begabungen und Begrenzungen soll den für ihn passenden Platz in der Gesellschaft finden, wo er sich zum Besten für die Gemeinschaft einbringen und entfalten kann. Danach sehnt sich jede neue Generation.

Da die Qualität von Beziehungen sowohl Menschen als auch Institutionen stark beeinflusst, ist das Potenzial von Beziehungen eine primäre Quelle von Werten.

Christliche Werte wie Freiheit, Gleichheit, Vertrauen, Gerechtigkeit und Solidarität haben nur im Kontext von Beziehungen Bedeutung – mit anderen Menschen und mit Gott. Für jeden von uns sind Beziehungen die Grundlage von Identität, Lernen, Chancen, Leistung und Wohlergehen. Eine fruchtbare Gesellschaft verbindet ihre Mitglieder auf eine Weise, die angemessene Gegenseitigkeit, Transparenz, Verständnis, Fairness und eine gemeinsame Vision unterstützt. Sie muss die Rechte von Individuen, Gemeinschaften, Institutionen und Dritten ausbalancieren und auch zukünftige Generationen einschließen. Und wo Beziehungen zwischen Individuen oder Völkern zerbrechen, haben Zurückhaltung und Mediation Vorrang vor Trennung oder Gewalt, um Vergebung und ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen.

Heilung bringen

Die Politik der Ampelregierung folgt erneut den humanistischen Idolen der gescheiterten Weimarer Reichsverfassung. Aber Geschichte wiederholt sich nicht und Deutschland soll nicht noch einmal Fluch für die Welt werden, sondern Segen weitergeben. Dafür stehen wiederholte Verheißungen und tausende Beter im Land.

Deutschland und Europa brauchen uns als Mitarbeiter der Wahrheit und der Versöhnung. Wenn Deutschland scheitert, leidet ganz Europa. Wo wir nicht Licht sind, wird die Finsternis nicht durchbrochen. Wo die ideologischen Systeme am Scheitern sind, brauchen wir gesellschaftliche Lösungen aus biblischer Quelle. Bereiten wir uns als Christen vor, in Politik und Wirtschaft nach den Maßstäben Gottes zu handeln und Heilung zu bringen.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Eine Standortbestimmung

Diesen Beitrag hat das Wächterruf Gebetsnetz für Deutschland im Februar 2024 als Sonderblatt herausgegeben. Wir danken Alexander Schlüter für die freundliche Erlaubnis, den Text hier abzurufen. Wir empfehlen gleichzeitig des monatlichen Wächterruf-Gebetsbrief, der zum Gebet für unser Land aus der Perspektive des Reiches Gottes einlädt.

Rückblick auf zwei Jahrzehnte

Was ist politisch passiert?

- | | |
|-----------|---|
| 2001 | 11. September (drohende Terrorgefahr, Sicherheitsmaßnahmen zur Überwachung) |
| 2007 | Klimawandel (Klimawandel wird von einigen Wissenschaftlern als existenzielles Problem formuliert) |
| 2008 | Finanzkrise (Platzen der Immobilienblase) |
| 2015/16 | Flüchtlingskrise in Deutschland (Fluchtbewegung von zwei Millionen Menschen in die Europäische Union) |
| 2018/2020 | Brexit (Großbritannien verlässt die Europäische Union) |
| 2018 | Beginn Klimaproteste „Friday for Future“ |
| 2020 | Corona-Krise |
| 2022 | Ukraine-Krieg |
| 2023 | Krieg in Israel (neu entflammter Antisemitismus in Deutschland). |

Was tat Gott? (aus Perspektive der Gebetsbewegungen)

Späte 90er-Jahre – Gebetshäuser, neue Gebetsbewegungen entstehen – auch der Wächterruf.

Miteinander der Gebetsnetze (z. B. Runder Tisch Gebet).

Beständig wachsendes Bewusstsein für Einheit und Einssein im Leib Christi.

Väter- und Mütterbewegung/Elia-Bewegung (ein neues beziehungsorientiertes Miteinander, welches auch die Generationen miteinander zu verbinden sucht).

2015 – Global Gathering in München (neues Bewusstsein für eine internationale Verbundenheit des Leibes



Christi und das gemeinsame Stehen als nationaler Leib mit dem Leib in anderen Nationen in dieser Zeit).

Ab 2020 – Video-Konferenzen per Zoom (Vernetzung zum Gebet auf Knopfdruck).

Fokus auf unser Sein, den inneren Frieden, unser Herz als Transformationsstätte, ein Agieren im Gebet mit einem Bewusstsein unserer Verbundenheit mit Gott und der Himmelswelt.

Was tut Gott in unserer Zeit?

Wenn wir auf die Zeitachse geschichtlicher Ereignisse schauen, und hier ist nur eine kleine Auswahl getroffen, dann sehen wir, mit welchen gewaltigen Umbrüchen wir innerhalb kürzester Zeit konfrontiert wurden. Große Krisen gab es auch schon in der Vergangenheit. Aber noch nie zuvor griffen Nachrichten rund um die Uhr so nach unserer Aufmerksamkeit und nach unseren Herzen.

Aber was hat eigentlich Gott in den letzten zwei Jahrzehnten getan? Hier zähle ich aus der Perspektive der Gebetsbewegung Ereignisse auf, will aber nicht verschweigen, dass wir ebenfalls in Krisen stecken, in denen Gott uns zu neuer Reife zu führen sucht. Dennoch dürfen wir sagen, dass wir schon einiges gelernt haben oder zumindest „auf dem Schirm“ haben. Dazu gehört allem voran ein Bewusstsein für Einheit und Einssein in Deutschland, international, aber auch in den alltäglichen kleineren Kontexten, in denen jeder von uns lebt. Ich meine zu beobachten, dass Gott auf unser Inneres, auf unser Herz, abzielt und dass dieses eine große Relevanz hat in den kommenden Jahren. Lasst uns aber zunächst einen Blick auf unser Land werfen.

Demokratie im Wandel

So wie Gesellschaften sich im Wandel befinden, sind auch Demokratien nicht statisch, sondern in Bewegung und Umbruch. Das wird in diesen Tagen mehr als deutlich. Unser altes vertrautes Parteiensystem wankt schon lange und wird nun mit der Gründung zweier

neuer Parteien ergänzt. Wir können den alten Status Quo nicht aufrechterhalten. Das beobachten wir schon länger, denn das alte Parteienspektrum mit seinen beiden ehemals großen Volksparteien und einer Politik links und rechts der Mitte, besteht längst so nicht mehr. Unsere früheren Parameter dafür, was rechte und linke Politik ausmacht, was Sozialdemokratie und was Konservatismus, sind mittlerweile überwiegend nach links verschoben und damit auch unsere Vorstellungen einer „Politik der Mitte“, zumal die Begriffe rechts, links, Mitte als politische Richtung mit spezifischen Wertmaßstäben noch vor wenigen Jahren völlig anders besetzt waren. Auch lassen sich Wählergruppen, wie beispielsweise Arbeiter, Unternehmer und Beamte, nicht mehr so einfach einer Partei zuordnen, wie das früher der Fall war. Das Konzept der großen beiden Volksparteien liegt am Boden und eine Bezugnahme auf die frühere Politik von Politikern wie Willy Brandt, Herbert Wehner oder Franz-Josef Strauß ist Vergangenheit. Vielmehr müssen wir uns nun mit Extremen auseinandersetzen, die nicht nur politischer Natur sind.

Umgang mit Medien und Polarisierung

Im Informationszeitalter werden wir mit Informationen überschüttet, doch wir erliegen einer Illusion, wenn wir denken, dass Nachrichten uns „die Wirklichkeit“ und nicht eben nur eine reduzierte Perspektive vermitteln. Journalisten wählen aus, auch darin, welchem Experten sie mit welcher Meinung Raum geben. Wir können mit Informationen überfrachtet und gleichzeitig schlecht informiert sein. Damit will ich nicht sagen, dass alle Berichterstattung unausgewogen wäre, aber zweifelsohne gibt es einen Kampf um die Informationshoheit.

Auch die Macht der Bilder dürfen wir nicht unterschätzen. Man denke nur an die grausamen Bilder des Überfalls der Hamas auf israelische Kinder, aber auch daran, wie Zeitungen über die Zerstörungskraft von Waffen berichten, die im Ukraine-Krieg zum Einsatz kommen sollen. Wir werden gleichsam zu „Waffenexperten“ gemacht, die am Bildschirm oder beim Lesen der Zeitung damit konfrontiert werden, wie viele Menschen mit einem Waffensystem gleichzeitig ausgelöscht werden können. Inwiefern das zur Aufklärung und Meinungsbildung jedes Einzelnen dienlich ist, mag jeder selbst für sich entscheiden. Für mich ist es ein weiteres Beispiel dafür, dass unser Herz Schutz braucht, damit es nicht verwundet wird.

Orientierung zu finden ist schwer, weil Nachrichten uns in ihrer Form der Berichterstattung oft indirekt auffor-

dern, Stellung zu beziehen – dafür oder dagegen. Davon dürfen wir uns aber ganz lösen. Wir brauchen eine tiefere Auseinandersetzung mit einzelnen Sachverhalten. Und wir können nicht für jedes Thema Experte sein, denn eine Auseinandersetzung in der Tiefe braucht Zeit. Es braucht zusätzlich Zeit, wenn wir Gottes Herzschlag dazu wahrnehmen wollen. Da dürfen wir uns in der Schnellebigkeit unserer Zeit nicht unter Druck setzen lassen.

Es ist wichtig, den engen Denkkorridor aufzulösen und uns zu erlauben, neu und anders zu denken, ohne sich polarisieren zu lassen gegen den Andersdenkenden. Wir dürfen Meinungen und Wertungen in den Medien prüfen, uns Zeit dafür nehmen, diese zu durchdenken und müssen diese nicht ungeprüft übernehmen. Es gibt fast immer weitere Aspekte, die nicht berücksichtigt wurden oder auch berücksichtigt werden konnten. Wir brauchen Räume für ein wertungsfreies Zuhören und Nachdenken. Es ist wichtig, dass wir eine Debattenkultur unter uns erlauben und auch eine Denkkultur unter uns ermöglichen, die Räume schafft. Das gilt auch für das Gebet. Gebet ist nicht nur dann wirksam, wenn alle das Gleiche beten, sondern man kann auch im Geist von Einheit an verschiedenen Enden des Problems und Spektrums beten, denn wir brauchen einander mit unseren unterschiedlichen Perspektiven.

Ent-täuschung ist unumgänglich

Wir in der westlichen Welt sind in Gefahr, einer Täuschung zu erliegen, wenn wir politisches Handeln in Demokratien zu sehr idealisieren. Nationen verfolgen Interessen. Demokratien sind nicht vor Irrtümern bis hin zu Machenschaften zum Machterhalt gefeilt. Das zeigt doch eindeutig unsere Geschichte (Watergate, Atombomben auf Nagasaki und Hiroshima, Golf-Krieg). Unsere Geschwister in verfolgten Ländern haben uns da etwas voraus, was wir lernen dürfen, nämlich das Kommen des Reiches Gottes nicht mit den Systemen dieser Welt zu vermischen.

Gleichzeitig wollen wir für unseren Rechtsstaat eintreten und diesen bewahren. Wir brauchen eine gesunde Balance und ein Herz, welches jetzt immer wieder im Thronsaal Gottes „Atem holt“ und Perspektive bekommt. „Was tust du unter den Nationen, Vater?“ ist unser Ruf, um tiefer unsere (neue) Rolle im Gebet zu finden und einzunehmen. Eine Analyse der Faktenlage ist schon lange nicht mehr ausreichend, sofern wir überhaupt zu allen Fakten Zugang haben, was ein Trugschluss ist. Es geht also um die „höheren Wege und Gedanken Gottes“ in der Fürbitte, die sich nun

noch mehr mit den Plänen des Himmels eins macht und in Verbundenheit mit diesem agiert.

Unsere Haltung Politikern gegenüber im Wächterruf ist positiv. Wie sollte es auch anders sein, wenn wir mit ganzem Herzen für unser Land beten! Gleichzeitig darf uns das nicht die Augen verschließen, wo Politik eine ideologisch geprägte Agenda durchsetzt oder es indirekt zu Einschränkungen der Meinungsfreiheit kommt. Wir leben in einem Rechtsstaat, den es gemeinsam zu bewahren, aktiv zu gestalten und zu erneuern gilt, aber das bedeutet nicht, dass alles „rechtens“ ist, was in unserem Land passiert oder was Politik in den letzten Jahren durchgesetzt hat. Wahrscheinlich werden wir noch große „Ent-täuschungen“ erleben, was das Handeln in der Politik betrifft. Aber diese Enttäuschung darf nicht unser Herz verschließen!

Es gilt wachsam zu sein, wo Politik Denken, moralisierend aufgeladen, vorzugeben versucht, bewusst einengt und sich zu „den Guten“ im Land erklärt. Politik darf sich nicht, das Volk belehrend, zum Durchsetzer einer „rechten Gesinnung“ machen, indem sie Men-

schen diffamiert und als Corona-Leugner, Putin-Versteher oder Nazi tituliert, die ihren politischen Handlungsabsichten widersprechen. Dadurch ist viel Vertrauen in Politik verloren gegangen. In diesen Zeitgeist dürfen wir uns nicht hineinziehen lassen.

Es gibt große Irrtümer und Fehleinschätzungen in der Geschichte. Wie häufig wurde schon ein Krieg als unumgänglich oder gerecht erklärt – auch von der Kirche – und wie oft haben wir uns schon geirrt. Damit meine ich nicht, dass wir als Christen nicht bereit sind, für etwas zu kämpfen und sogar zu sterben. Aber Gegenwartsgeschichte ist nie leicht zu beurteilen. Erst mit Abstand sieht man richtig. Vor allem aber dürfen wir als Beter immer das Reich Gottes im Auge haben.

Suche nach Wahrheit

Wir brauchen eine tiefere Suche nach Wahrheit, die in Christus zu finden ist. Und diese Suche braucht Zeit und unsere Aufmerksamkeit. Sie geht so viel tiefer als unsere Analyse der Zeit, die immer fehlerhaft sein wird.

Aktuelle Gebetsbriefe

Gebetsbrief April

Liebe Freunde und Geschwister, „Wer Ostern kennt, kann nicht verzweifeln.“, hat Dietrich Bonhoeffer gesagt und wir freuen uns, mit euch in die Karwoche zu gehen, um Tod und...



Dateien:

-  [2024_04_Gebetsbrief.pdf](#) 189 K
-  [2024_04_Gebetsbrief_gross.pdf](#) 195 K
-  [Sonderblatt - Unsere Finanzen und neue Versorgungswege.pdf](#) 279 K
-  [SEPA Mandat 2024.pdf](#) 645 K

[mehr...](#)

Kann hier heruntergeladen werden: <https://www.waechterruf.de/gebetsbriefe/gebetsbriefe/briefe/>

Wir wollen doch zu den Wurzeln des Landes durchdringen und zum Herzen des Vaters für uns! Diese Zeit ist ideal dafür, sich tiefer in Gott und in seine Weisheit zu gründen und mit der Weisheit eines neuen Zeitalters leben zu lernen. Wir sollten nicht allzu sehr von unserer eigenen Klugheit überzeugt sein. Ein fast unbemerktes Problem unserer Zeit ist, dass wir glauben, wir hätten so viel mehr als die Generationen vor uns schon erkannt und dass wir folglich nicht die gleichen oder ähnliche Fehler machen werden wie sie. Wir brauchen eine nüchterne Wachsamkeit und vor allem viel Nähe zu Jesus, um nicht verführt zu werden. Eines ist sicher: Es wird nicht unsere Klugheit sein, die uns vor Verführung bewahrt hat, sondern unsere Nähe zu Jesus.

Perspektiven für unsere Fürbitte

Ein Wandel birgt Gefahren in sich, aber auch Chancen zur Erneuerung. Krisen bringen häufig das zum Vorschein, was schon vorher unter der Oberfläche brodelte. Die Vergangenheit war nicht besser, noch ist unsere Zukunft düster.

Für das Gebet brauchen wir beide Perspektiven: (1) die Begleitung des Umbruchs, der Umgang mit Dunkelheit, die weiter ans Licht kommen wird, Wachsamkeit und Unterscheidungsvermögen; ein Herz, was sich und andere liebt und sich nicht ängstigt und ein Festhalten aneinander, auch dann, wenn wir mal aneinandergeraten, (2) aber auch die Übernahme von Verantwortung für die Gestaltung von Zukunft, vom Bösen nicht fasziniert und abgelenkt sein, sondern den Blick dafür haben, was Gott tut; Freude an Erneuerung und Wiederherstellung, die Gottes Herzschlag sind; Neugier, innovatives und lösungsorientiertes Denken und Beten, um neue Wege zu beschreiten.

Zurück zu unserem Herzen

Wenn wir also in unseren Gebetsbriefen in vergangenen Monaten uns eingehend mit unserem Herzen befasst haben, dann deshalb, weil es uns den Zugang eröffnet zu tieferen Dimensionen in Gott. Wir werden in dieser turbulenten Zeit unterschiedlich wahrnehmen – und das darf auch so sein! Das bedeutet nicht, dass Gebet beliebig ist. Gemeinsam verleihen wir dem Herzschlag Gottes Ausdruck. Wir wollen als Gebetsnetz nicht an der Oberfläche von Beurteilung stehenbleiben, sondern tiefer in Gottes Gedanken hineinfinden. Auch deshalb schließen einzelne Anliegen im Gebetsbrief nicht mit „Gebetspunkten“ ab, sondern mit

der Einladung, das Herz Gottes zu suchen und sich im Gebet von diesem führen zu lassen.

Wir suchen nach den erlösenden Absichten Gottes für unser Land, ohne dass wir unsere Augen davor verschließen, wo Bestrebungen immer deutlicher zum Vorschein kommen, die den Menschen in ein „System“ verhaften wollen, damit dieser permanent in einer Krisenhaftigkeit gefangen ist, die ihn krank macht, damit er nicht mehr zum Nachdenken kommt, da er den ganzen Tag damit beschäftigt ist, Informationen zu verarbeiten. Ein „System“, welches Individualismus und Toleranz predigt, aber Konformität meint und eine kritische Auseinandersetzung nicht ermöglicht. Ein Getriebensein, welches den Menschen lähmt und erstarren lässt, damit er nicht in sein eigentliches Potential und seine Kreativität findet, sondern den Ereignissen – auch im Gebet – ständig hinterherläuft. Hier wollen wir als Gebetsnetz bewusst einem anderen Geist Raum geben.

Inmitten dieser Zeit dürfen wir neue Dimensionen von Gebet lernen, welche uns an die Weisheit des Himmels anschließen. Es ist Zeit, Gott noch besser kennenzulernen und sich Zeit für ihn zu nehmen, damit wir uns mit seinen Gedanken und Plänen ganz eins machen können. Wir dürfen lernen, mit Gott schöpferisch zu werden im Gebet. Unser Umfeld wird uns immer beschäftigt halten, aber unsere Aufmerksamkeit dürfen auf ihn richten und dabei entdecken, dass Veränderung nicht von außen, sondern aus unserem Inneren kommt, aus unseren Herzen, aus einem Leben in Auferstehungskraft, welches wir in Christus haben und worauf unsere Welt wartet.



Alexander
Schlüter

Vorsitzender
Wächterruf e. V.

75 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Am 10. Dezember 1948 wurde die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Die Menschenrechte wurden auf dem Hintergrund des jüdisch-christlichen Menschenbildes entwickelt, dass der Mensch als Person und Ebenbild Gottes erschaffen ist und deshalb seine Würde und Freiheit nicht angetastet werden dürfen. „Von der Überzeugung eines Schöpfergottes her ist die Idee der Menschenrechte, die Idee der Gleichheit aller Menschen vor dem Recht, die Erkenntnis der Unantastbarkeit der Menschenwürde in jedem einzelnen Menschen und das Wissen um die Verantwortung der Menschen für ihr Handeln entwickelt worden.“ (Papst Benedikt XVI. vor dem Deutschen Bundestag am 22. 09. 2011) Die meisten islamischen Länder erkannten die Erklärung nicht an und verabschiedeten 1990 die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam mit der Scharīa als alleiniger Grundlage.

Pandemieabkommen der WHO im Bundestag

Ende 2021 fassten die WHO-Mitgliedstaaten den Beschluss, ein internationales Pandemieabkommen zu entwickeln. Der mittlerweile vorliegende Entwurf war am 22. Februar 2024 Gegenstand einer Bundestagsdebatte. Es lag ein Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel „Für transparente Verhandlungen über das WHO-Pandemieabkommen – Gegen Fehlinformationen und Verschwörungstheorien“ (20/9737) vor und einer der AfD-Fraktion zur Ablehnung des WHO-Pandemievertrags. Laut CDU-Antrag soll die Bundesregierung „aktiv gegen die negativen Auswirkungen von gesundheitsbezogenen Fehlinformationen und Hassreden, besonders in sozialen Medien, vorgehen und das Vertrauen in die öffentlichen Gesundheitssysteme und -behörden fördern.“

Damit bekräftigt die CDU die hochkritische Verpflichtung des Pandemieabkommens, „falsche, irreführende, fälschliche oder desinformierende Informationen zu bekämpfen, auch durch wirksame internationale Zusammenarbeit und Kooperation“, und zu viel Informationen zu verhindern.

Heute ist der UN-Menschenrechtsrat zu dreiviertel von diktatorischen Mitgliedsstaaten besetzt, die die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen begehen. Deren Vertreter manipulieren den Menschenrechtsrat, den Internationalen Gerichtshof und den Internationalen Strafgerichtshof, zuvörderst um Israel zu dämonisieren und delegitimieren. Aber auch westliche Akteure leugnen den Gottesbezug der Menschenrechte, der in die UN-Erklärung bereits damals keinen Eingang fand, und füllen das Vakuum mit tödlichen Verkehren wie einem Recht auf Abtreibung oder auf selbstbestimmtes Sterben.

Bündnis C verteidigt die Menschenrechte und deren Grund in der Offenbarung der Bibel, „da die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben“ (Präambel AEMR) und wieder führen.



Jeder hat das Recht auf freie Meinungsäußerung, aber nicht umgekehrt das Recht, vor Informationen geschützt zu werden, die von Behörden als falsch oder irreführend bezeichnet werden. Die Erfahrungen während Covid 19 haben gezeigt, dass dieses Grundrecht streng geschützt werden und nicht weiter eingeschränkt werden darf. Wenn es den Nationen mit der Zusammenarbeit bei der Abwehr künftiger Pandemien ernst ist, dann müssen Redefreiheit und der Zugang zu Informationen gestärkt werden.

Bündnis C mahnt eine transparente Aufarbeitung der Covid 19-Maßnahmen, ihrer Wirksamkeit und Schäden an, bevor ein WHO-Abkommen zur Pandemiebekämpfung abgeschlossen wird, das den Kurs unkritisch verschärft fortsetzt.

Infomaterial zum Weitergeben



Erstinfo-Flyer: Unser Mini-Handzettel liefert einen Schnellüberblick über das Positionsspektrum von Bündnis C.



Kurzflyer zur Europawahl 2024: Der Schnellüberblick über unsere Positionen für Europa



Minibroschüren zur Finanzpolitik und zur Israel-Politik, kurzgefasst

Kurzprogramm für die Europawahl: Unsere Positionen einfach, komprimiert und anschaulich zusammengefasst



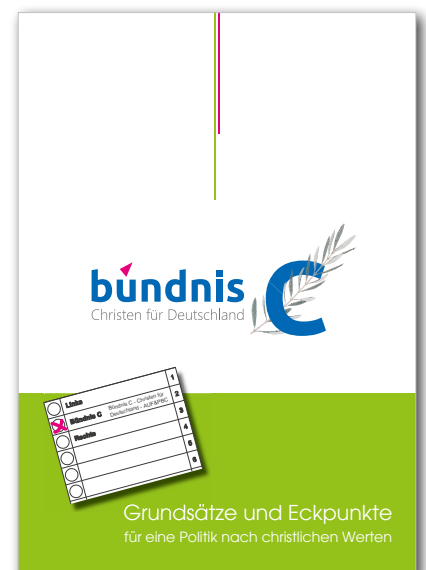
Schick, kurz und bündig: Unser Treppenfalz-Faltblatt „Warum Bündnis C wählen?“



Wirtschaft, Außenpolitik und Migration: Wie unsere Wirtschafts- und Außenpolitik Migration verursacht und wie wir das ändern können (A5-Broschüre)



Zwei Staaten für zwei Völker? Warum die Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina gescheitert ist und realistische Wege zum Frieden (A5-Broschüre)



Anspruchsvoll: Unsere „Grundsätze und Eckpunkte für eine Politik nach christlichen Werten“

Telefonisch oder per Email bestellen bei:

Bündnis C – Christen für Deutschland
 Bundesgeschäftsstelle
 Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe
 E-Mail: info@buendnis-c.de

Aufbruch?

Liebe Mitglieder und Freunde von Bündnis C, Warum habe ich „Aufbruch“ als Schlusswort gewählt? In der gegenwärtigen Situation haben viele von uns eher das Gefühl, dass wir uns im Untergang befinden. Die Umstände scheinen immer düsterer zu werden, die Politik wirkt oft fernab von den Bedürfnissen der Bürger, und Entscheidungen werden getroffen, die sich nicht richtig anfühlen. Man könnte fast verzweifeln und resignieren.

Kürzlich stand ich auf einem Parkplatz und wartete auf jemanden. Plötzlich fiel mein Blick auf eine Blume, die mitten zwischen den Steinen hervorspross und blühte, sich nicht davon abhalten ließ, dass sie eigentlich nicht dorthin gehört. Da kam mir das Wort „Aufbruch/Durchbruch“ in den Sinn. In den letzten Wochen und Monaten haben wir als Partei enormen Zuspruch erfahren: Bleiben Sie dran, geben Sie nicht auf – Ihre Zeit wird kommen. Ich bin unendlich dankbar, wie wir die Unterstützungsunterschriften für die Europawahl erhalten haben - mit Unterstützung aus Regionen, in denen wir noch nie welche bekommen haben. Wir erleben, dass auch immer mehr junge Leute sich aufmachen und Bündnis C unterstützen.

Aufbruch heißt: Gott steht an unserer Seite. Er will, dass wir an Stellen durchbrechen, wo es unmöglich erscheint, und er wird uns beistehen. Er möchte, dass wir uns nicht dem anpassen, was die Welt sagt, sondern Licht sind und einen Unterschied machen. Als Partei sind wir berufen, vorwärtszugehen und zu glauben, dass er durch uns wirkt und ein neuer Aufbruch flächendeckend in unserem Land geschieht. Gott kann auch für die Europawahl durch uns wirken. Ermutigen wir einander, gerade wenn wir gegen den Strom schwimmen müssen und es manchmal nicht einfach ist.



EINDRUCK zum Herunterladen und Weiterleiten:

Unter buendnis-c.de/eindruck-magazin/ können Sie unsere EINDRUCK-Hefte online lesen und an Interessenten weitergeben.



Verena
Thümmel

Beisitzerin
Bundesvorstand



bündnis C



bündnis C

Christen für Deutschland

buendnis-c.de/eindruck-magazin

IMPRESSUM

EINDRUCK – das Magazin zur Politik von Bündnis C – Nr. 31 – 2024/1

V.i.S.d.P.: Karin Heepen, Redaktion: Karin Heepen
Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Anfragen zum Magazin und Leserbriefe bitte an: eindruck@buendnis-c.de

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte, Bilder und Grafiken liegen (sofern nicht anders angegeben) bei den abgebildeten Personen oder Bündnis C.

Abbildungen auf Seite 1: Rama Krishna Karumanchi/Pixabay; 33: weiteunion.de;
37: Shary Reeves/Pixabay; 38: PxHere; 39: falco/Pixabay; 44: Wächterruf; 46: <https://www.waechtterruf.de/gebetsbriefe/gebetsbriefe/briefe/>; 50: PxHere

Unveränderte Vervielfältigung einzelner Beiträge für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C, die Heftnummer (und bei Namensbeiträgen den Autor) als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.



Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

Telefon: 0721-49 55 96

E-Mail: info@buendnis-c.de

Internet: www.buendnis-c.de



Kontoverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX